


WIR SIND AM START



**SCHWERPUNKT
BEWEGUNG**



DAS IST
ERST DER
ANFANG

Nichts passiert von selbst! Ganz gleich, ob wir ein Glas Wasser trinken oder die Welt retten wollen: Jede Bewegung beginnt mit einer Idee. Und dann? Gewohnte Bewegungsmuster hinterfragen und Kreisläufe durchbrechen hilft Neues in Gang zu setzen.

MERKSATZ

„Nicht Armut oder drohende Verarmung sind der stärkste Antriebsmotor für Bewegungen, sondern ein tief empfundenes Gefühl der Ungerechtigkeit.“

Philipp Hauner, Seite 9

TIEF BEWEGT Den Anstoß zu diesem Magazin gab mir die Gedenkfeier für Rudi Dutschke im April in Berlin, 50 Jahre nach dem Attentat. Wenn wir heute sehen, welche Veränderungen in unserem Land im Gange sind und zugleich wissen, dass es Veränderung braucht, wenn im Jubiläumsjahr der 68er-Bewegung viele unserer gesellschaftlichen und politischen Errungenschaften herausgefordert werden: Wo ist 2018 die Energie zu finden, die wir mit 1968 verbinden? Was bedeutet Bewegung heute?

JETZT BEWEGEN Im „Schwerpunkt Bewegung“ hat sich unser Autor Philipp Hauner mit viel Offenheit auf eine Suche begeben. Ich möchte euch einladen zu einem Lesestück, das große und persönliche Fragen stellt, in einer Woche im Mai Stimmen und Stimmungen von Menschen einfängt und mit Blick nach vorn in den Spiegel der 68er schaut. Welche Anknüpfungspunkte gibt es? Wo bewegt sich was? Wenn wie in Bayern 40.000 Menschen gegen ihre Regierung auf die Straße gehen, wird Bewegung sichtbar!

IN BEWEGUNG Wir Grüne haben Wurzeln in der 68er-Bewegung, unsere Partei hat sich aus vielfältigen Bewegungen gespeist. Und wir sind weiterhin eine Partei in Bewegung: 25 Jahre Zusammenschluss von Bündnis 90/ Die Grünen, fast 30 Jahre friedliche Revolution – was das für uns Grüne bedeutet, ist Thema im nächsten Magazin.

BEWEGT EUCH Ich hoffe, dass dieses Magazin viel in Bewegung bringen wird – bitte schreibt mir euer Feedback!

Euer Michael




Gretchen Dutschke (rechts) und Michael Kellner bei der Gedenkfeier für Rudi Dutschke am 11. April in Berlin.

Das Magazin der Bundestagsfraktion

profil:GRÜN

ERSTE HILFE



FÜR DIE PFLEGE

TERMINE

20. – 21. Juli: Grünes Forum zum Grundsatzprogramm in Bayern. Schwerpunkt Digitalisierung.

7. – 8. September: Bundesfrauenkonferenz „Neue Zeiten. Neue Antworten.“ Das feministische Forum zum Grundsatzprogramm.

15. September: Dezentraler Aktionstag gegen Plastik. Wir machen den Coastal Clean Up Day richtig groß. Plastik ist ein Jahrhundertproblem, wir packen's an: in Europa, in Deutschland und bei dir vor Ort.

24. September: Landesforum zum Thema Digitalisierung in Hamburg

27. Oktober: Grünes Forum zum Grundsatzprogramm in Worms, Rheinland-Pfalz

03. November: Grüne Themenwerkstatt zum Grundsatzprogramm in Rostock

09. – 11. November: Bundesdelegiertenkonferenz in Leipzig (Messe). Die BDK zur Europawahl. Wir beschließen das Wahlprogramm und die Europaliste.

17. November: Grüner Tag zum Grundsatzprogramm in Zwickau

Grünes Engagement-Forum für Beteiligung, Empowerment, Engagement- und Organisationskultur am 14./15. September in Berlin – für alle Mitglieder. **Infos & Anmeldung:** gruene.de/engagement-forum

Wahlkampf- und Neumitglieder-Workshops für Kreisverbände zum Wunschtermin
Angebot & Buchung: gruene.de/workshops



Was, ich? Selbstwirksamkeit ist, wenn man weiß, dass man mit seinem Können eine wichtige Angelegenheit voranbringen kann. Ein gutes Gefühl! Neue Formen der politischen Beteiligung sind beweglich – sie organisieren Zeit und Kompetenzen ihrer Mitstreiter für gemeinsame Ziele.

BEWEGTE ZEITEN

Fünzig Jahre nach '68 ist der **Wunsch nach Veränderung** spürbar wie nie zuvor. Was bedeutet Bewegung heute? **Gibt es Parallelen?** Und wo bewegt sich eigentlich was? Unser Autor hat sich auf eine **Suche** begeben.

Text Philipp Hauner
Illustration Anna Maria Kiosse

Ein lauer Abend Anfang Mai in München. Der Innenhof des Deutschen Theaters füllt sich mit Menschen, Erwartung liegt in der Luft. Es ist Premierenabend, der Musicalpalast verwandelt sich in einen Kinosaal und zeigt heute den neuen Dokumentarfilm des Regisseurs Florian Opitz. In *System Error* wird es gleich um die Frage gehen, warum das Wirtschaftswachstum ständig weitergetrieben wird, obwohl wir alle wissen, dass unsere Ressourcen endlich sind – eben um jenen, wie es im Programmheft steht, „großen Widerspruch unserer Zeit.“

Mit diesem Film beginnt eine Suche. Ich will herausfinden, welche Themen meine Mitmenschen bewegen. Was ist Bewegung heute und was ist heute in Bewegung? Was können wir von vergangenen Bewegungen, den 68ern oder Occupy, lernen? Und kann es sein, dass das linksliberale Milieu verlernt hat, sich politisch wirksam zu artikulieren? Hier in München, an dessen Hauptbahnhof vor knapp drei Jahren die deutschlandweite Willkommensbewegung ihren Anfang nahm, werde ich mich mit einer Alt-68erin treffen, einem politischen Debattenevent mit internationalen Gästen beiwohnen, gegen das bayerische Polizeiaufgabengesetz mitprotestieren, Gespräche mit Aktivisten und Wissenschaftlern führen. Und ins Kino gehen.

Wer sind die Menschen, die sich gleich zusammen mit mir den Film anschauen, welches Interesse hat sie hierhergeführt? Ich starte

eine Mini-Umfrage unter den Besucher*innen, Zufallsauswahl. Tobias Necker, ein dreitagebärtiger junger Meteorologe fühlt sich vom Programmheft angesprochen: „Ich habe nur Climate Change gelesen, und wusste, dass ich den Film sehen werde. Die Menschen müssen erst wissen, was falsch läuft, damit sie sich ändern. Vielleicht kann dieser Film ja etwas bewirken.“ Auch Bernhard Simek, der selbst in der Filmbranche arbeitet, erhofft sich Denkanstöße. Ihn bewegt, dass „gestern schon der Tag war, an dem Deutschland seine natürlichen Ressourcen für das ganze Jahr aufgebraucht hat.“

Und dann ist da noch Renate Splete, eine Psychotherapeutin aus Augsburg. Sie möchte, wie sie sagt, hinter die Kulissen der Wirtschaftswelt blicken: „Zu mir in die Praxis kommen vermehrt junge Menschen. Viele von ihnen leisten erstaunliche Anpassungsakrobatik, ohne dafür im Gegenzug irgendeine Sicherheit zu erhalten. Die menschlichen Bedürfnisse zählen in unserer heutigen Arbeitswelt immer weniger – das bereitet mir großes Unbehagen.“ Großes Unbehagen? Moment: Das große Unbehagen – war das nicht auch schon ein Begriff von Theodor Adorno, dem linken Cheftheoretiker der 68er-Bewegung? Ich komme ins Grübeln, mein Studium der Politikwissenschaft liegt nun doch schon eine Weile zurück...

Auf der Leinwand erscheinen gigantische Sojafelder in Brasilien, riesige Rinderherden

auf dem flachen, gerodeten Land, umtriebige Banker in feinem Zwirn vor flackernden Bildschirmen und ein chinesischer Airbus-Manager, der erzählt, dass jedes Jahr 15 bis 20 neue Flughäfen in China entstünden. Wertsteigerung durch Landnahme – allmählich bekommt man eine leise Ahnung davon, wie alles mit allem zusammenhängt.

Inmitten dieser Tristesse muss das Publikum immerhin an zwei Stellen lachen. Einmal, als Norbert Räth, der beim Statistischen Bundesamt für die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts zuständig ist, gefragt wird, ob das BIP als Messwert nicht zu einseitig sei, schließlich würde es Umweltschäden nicht berücksichtigen. Seine Antwort, nach einigem Zögern: „Nein. Äh, nein.“ An anderer Stelle kommt Andreas Gruber, Chefinvestor der Allianz, zu dem Schluss, dass er sich eine Welt ohne Wachstum nicht vorstellen könne. Und dass Wachstum durchaus ökologisch verkraftbar sei. Wieder Gelächter im Saal.

In den Chefetagen der Industrie scheint die Überzeugung, dass das Wachstumsparadigma nicht berührt werden dürfe, ungebrochen. Eine Art Konsens, den der britische Ökonom und Wachstumskritiker Tim Jackson im Film als „kollektive Schizophrenie“ bezeichnet. Die Publikumsreaktion scheint seine Diagnose zu bestätigen. Applaus ertönt. Eine Frau in der Reihe vor mir flüstert ihrem Nachbarn halb scherzhaft, halb ernst gemeint zu:

Hat die Politik heute überhaupt noch Gestaltungsmacht? Wer sind denn die Entscheider*innen – oder zählt jeder dazu?

„Und was machen wir jetzt, wir Kapitalisten-schweine?“

Tatsache, auf diese Frage gibt der Film keine Antwort. Florian Opitz, der jetzt auf die Bühne tritt, sagt, er habe sich mehrere Alternativen zum Wachstumsparadigma angesehen. Ihm würde keine so recht zusagen, da sie alle auf zu einfachen Erklärungsmustern aufbauten. Und so begnüge er sich damit, den Entscheider*innen einen Spiegel vorzuhalten: „Denn in ihren Positionen ist es so schwer, das große Ganze zu sehen.“ Am Ende des Premierenabends, dem vier Jahre Produktion vorausgegangen sind, zitiert Opitz sinngemäß Marx: „Man muss die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen zwingen, indem man ihnen ihr Lied immer wieder vorsingt.“

Aber reicht das? Im Gesicht meiner Begleitung Ema, die ich bereits aus Studienzeiten kenne, macht sich Ernüchterung breit. „Der Film war sehr eindrücklich, aber es fehlt ein positiver Ausblick.“ Mir geht es nicht anders: Da deutet der Film an, ein anderes Bild des Menschen in seinem Bezug zur Welt zu entwerfen, aber das löst er nicht ein. Ich bin enttäuscht, dann blubbern Fragen wie Sprudelbläschen in mir nach oben: Wie lange wird das eigentlich noch so weitergehen? Wieso tut sich so wenig, wo es doch fünf vor zwölf ist? Hat die Politik heute überhaupt noch Gestaltungsmacht? Wer sind denn die Entscheider*innen – oder zählen wir alle dazu? Und wo beginnen Veränderungen, oben oder unten?

Wir postmodernen Menschen leben in Zeiten des rasenden Stillstands: Große Tech-Konzerne überbieten sich mit immer neuen Lösungen für Probleme, die bislang keine waren. Die wie in Stein gemeißelten Wachstumsparolen werden mantraartig rezitiert, während die tatsächlichen globalen Probleme täglich anwachsen: Armut, Hunger, soziale Spaltung, Klimaerwärmung – um nur einige zu nennen. Hallo?

Szenenwechsel. Eine Gründerzeitvilla in Neuhausen, einem bürgerlichen Viertel im Westen der Stadt. Im Vorgarten blüht Flieder, fast eierschalenweiß sind die Blütendolden. Ich kenne das Haus, meine Studienfreundin Ema wohnt dort bereits seit einigen Jahren. Ein Stockwerk über ihr lebt Christl Stenglein, ihre Vermieterin. Christl war zur Zeit der Studentenproteste von 1968 aktiv. Immer wieder mal erzählte sie mir kleine Episoden aus dieser Zeit. Als einzige Frau im AStA, dem allgemeinen Studierendenausschuss, hatte sie damals an der Münchner Staatsbauschule auf Wachsmatrizen Vorlagen für Flugblätter geschrieben. Neben Frankfurt und Westberlin zählte auch München zu den damaligen Zentren der Studentenbewegung in Deutschland. Christls Job: Sit-ins organisieren und andere Ingenieurschulen für den Kampf um die rechtliche Gleichstellung mit Universitäten zu gewinnen. Damit auch ihr Diplom im europäischen Ausland anerkannt werden würde. Kurz vorweggegriffen: Diesen Kampf hat Christl gewonnen.

Was hat diese Frau in ihrer Zeit als Studentin Ende der 60er-Jahre gelernt? Sieht sie gegenwärtig eine Aufbruchsstimmung? Das Jahr 1968 wird dieser Tage als Epochenereignis gefeiert – sein 50-jähriges Jubiläum rückt die kurze, aber intensive Umbruchphase wieder einmal in den Fokus der Öffentlichkeit. Ein bunter Erinnerungsreigen aus Rückschauen, Interviews und Zeitdokumenten – abschließende Bewertung ausgeschlossen. Ich klinge bei Christl. „Hereinspaziert“, die rotbebrillte Rentnerin öffnet schwungvoll die Türe. „Ist dir auch schon aufgefallen, dass unser Flieder erbleicht ist? Er war letztes Jahr noch kräftig lila. Vielleicht ist der Boden jetzt einfach ausgelaugt, wer weiß?“

Aprikosen. Dinkelbrot. Erdbeermarmelade.

Christl erzählt von einer Talkshow: „Bei Plasberg wurde über das Vermächtnis der 68er debattiert – der Journalist Jan

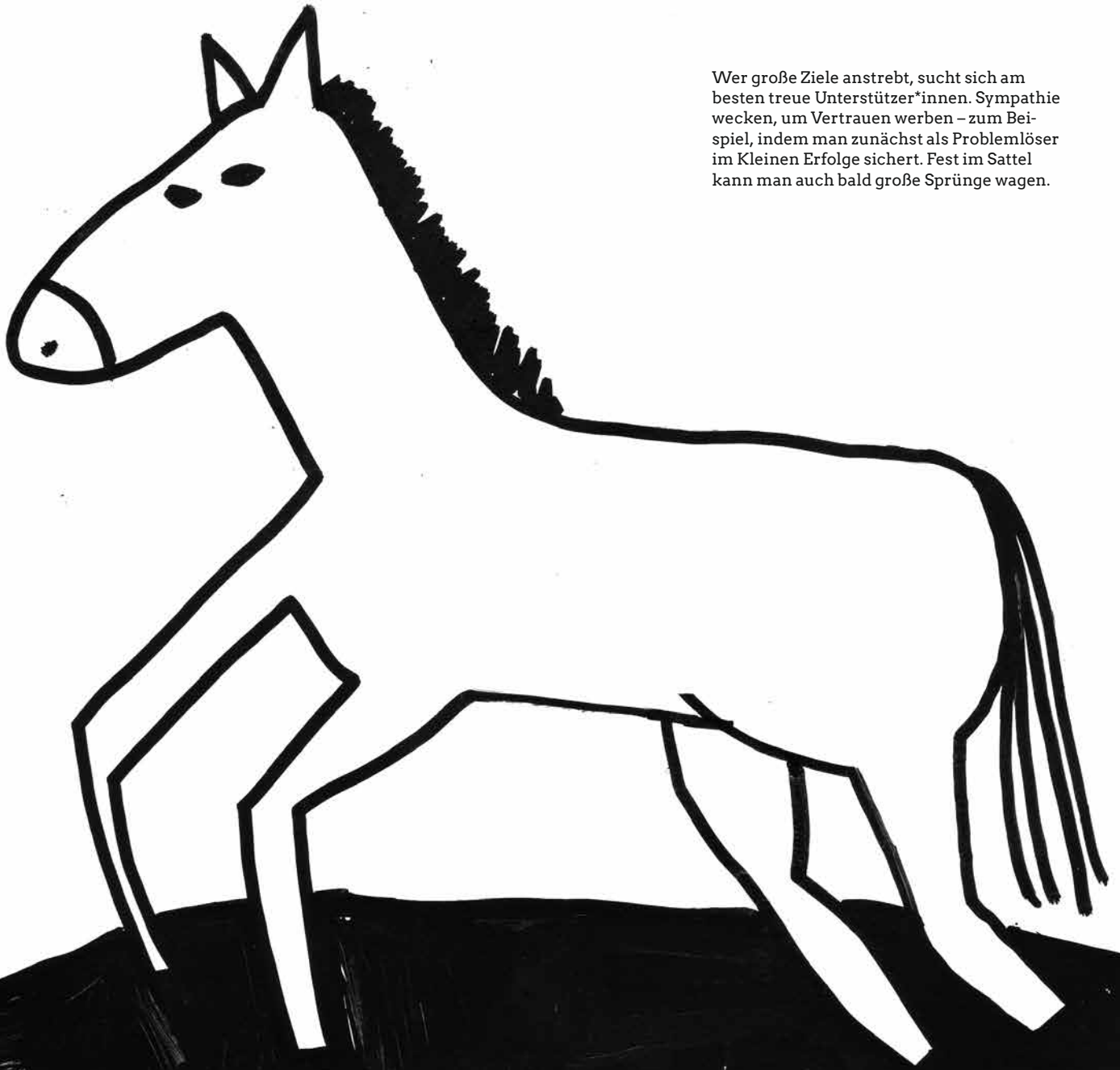
WORD!

Worte können die Welt bewegen. Wie wir reden und worüber, formt unsere Gesellschaft. Die neue Rechte hat das nur zu gut verstanden. Ihre Akteur*innen wollen den Diskurs verschieben, warnen Sprachforscher wie der Tübinger Rhetorikprofessor Olaf Kramer und Publizistinnen wie Liane Bednarz. „Etablierte Parteien“, „Mainstreammedien“, „Angst vor Überfremdung“, einige der neurechten Kernbegriffe erzielen tatsächlich beachtliche Reichweiten, und die sozialen Medien machen ihre Stimmen noch lauter. Mit Relativierungen will die Bewegung neu bestimmen, was als Mitte der Gesellschaft gilt. Was man zu hören gewöhnt ist, wirkt auf einen irgendwann normal, sagbar und wahr. Mit der Verschiebung des Diskurses kann eine schleichende Verschiebung von Werten einhergehen. Was tun? Sich sprachlich distanzieren, die Dinge klar beim Namen nennen, um Begriffe kämpfen, ohne in die Falle zu tappen, den Tabubrechern immer und zu viel Aufmerksamkeit zu geben.



Wogegen man ist, was man abschaffen will,
was so nicht weitergehen darf! Eine Anti-
Haltung einzunehmen ist ein guter erster
Schritt, aber trägt auf Dauer keine Bewegung.
Wer stattdessen Lösungen anbieten kann,
zeigt den Weg in eine bessere Zukunft.

Wer große Ziele anstrebt, sucht sich am besten treue Unterstützer*innen. Sympathie wecken, um Vertrauen werben – zum Beispiel, indem man zunächst als Problemlöser im Kleinen Erfolge sichert. Fest im Sattel kann man auch bald große Sprünge wagen.



EINFACH
LOSLEGEN

Fleischhauer polterte, wir hätten nur Spaß gehabt und nichts hinterlassen. So viel Ignoranz und Unkenntnis macht mich einfach platt. Und die CSU-lerin Dorothee Bär forderte eine konservative Revolution. Was sie damit meinte, sagte sie natürlich nicht. Will sie wieder die Prügelstrafe für Kinder einführen? Oder Homosexualität für illegal erklären? Ich war so wütend – und wollte den Fernseher fast schon wieder ausschalten.“

Dass die Frau mit den gutmütigen, warmen Augen jetzt so in Rage gerät, kann ich verstehen – schließlich haben Bär und Fleischhauer die Zeit ja auch nicht miterlebt. Ich selbst, Baujahr 1984, mute mir kein Urteil über eine Generation zu, die wie keine andere zuvor die Gesellschaft mit ihrem gesamten Kanon an sozialen Normen grundlegend in Frage gestellt hat. Und deren Errungenschaften heute teils so selbstverständlich geworden sind, dass sie gar nicht mehr auffallen: flache Hierarchien, Wohngemeinschaften und freizügige Theaterstücke zum Beispiel. Wer die 68er-Bewegung jedoch auf einen Nährboden für die Terrorgruppe der RAF oder freie Liebe reduziert, trifft eine unzulässige Verkürzung. „Natürlich, der rote Faschismus der RAF war schrecklich. Dass vor 50 Jahren aber auch viel Positives in Bewegung gekommen ist, kann man gar nicht ignorieren“, resümiert Christl. „Es waren bewegte Zeiten.“

Heute, 50 Jahre danach, kommt die große und markerschütternde Bewegung nicht mehr von links, sondern von rechts – wenn natürlich auch gänzlich anders formiert und in keiner Weise vergleichbar. In ihrem Hintergrund wirkt ein umfassendes Netzwerk aus Unterstützer*innen, Medien, Denkfabriken und Finanziers.

Zurück zu Christl. Sie erzählt von ihrem Vater, einem Leutnant, der ihr verboten hatte, zu studieren. Der die eigene Vergangenheit totschwiege, und anfang zu toben, als seine Tochter das Thema auf den Tisch brachte. Und wie sie über den Umweg einer Ausbildung als Bauzeichnerin doch noch ein Studium auf der Staatsbauschule aufnehmen konnte. Dann zeigt sie mir ihren Studentenausweis. Im Kästchen für das vierte Semester ist ein rotes „wegen Streik“ mit Ausrufezeichen vermerkt – dieses Semester musste Christl wegen der vielen Sit-ins und boykottierten Vorlesungen wiederholen. Auf ihrer Ingenieururkunde ist zweimal ein „er“ durchgestrichen und per Schreibmaschine mit einem „sie“ überschrieben. Zeugnisvor-

lagen für Frauen gab es keine, Studentinnen waren auf der Staatsbauschule nicht vorgesehen. „Viele der 20- bis 30-Jährigen können sich nicht mehr vorstellen, wie es damals war – es gibt ziemlich wenig Wissen über '68.“ Doch was wie ein Vorwurf klingt, wird gleich ins rechte Licht gerückt: „Vielleicht liegt das daran, weil einfach sehr viel Unterschiedliches passiert ist – auch jede und jeder von uns hat es ein klein wenig anders gesehen.“

Wenn man Christl fragt, wieso sich heute in Deutschland so wenig tut, kommt ihre Antwort prompt: „Uns geht's zu gut, das macht bequem. Wenn man rausgeht und seine Meinung kundtut, ist das immer unbequem. Und man könnte ja zur Verantwortung gezogen werden.“ Zum Beispiel verstehe sie nicht, wieso die vielen überlasteten Lehrkräfte und Justizbeamt*innen, „von denen viele am Anschlag arbeiten“, sich nicht zusammen-

schließen und gemeinsam streiken. Denn für Beamt*innen gilt zwar Streikverbot. „Aber die Stadt München hätte schon ein gewaltiges Problem, wenn sie alle Lehrkräfte auf einmal entlassen würde – das würde nie passieren.“

Hier ist sie in Reinform, die leidenschaftliche Revoluzzerin. Unser Gespräch dauert noch eine Weile – ich fasse Christls Erkenntnisse von '68 auf meinem Notizblock wie folgt zusammen:

1. Gemeinsam kann man viel bewirken, alleine oft gar nichts.
2. Junge Leute haben das Recht, radikal zu sein – man wird früh genug vernünftig.
3. Ein Semester streikbedingt verlieren, heißt viel Lebenserfahrung und Selbstvertrauen gewinnen.
4. Mit Gewalt kommt man nicht weiter.
5. Protest muss bei konkreten Dingen anfangen, sonst läuft er ins Leere.

Kann man diese Punkte auch auf heutige Bewegungen übertragen? Wie war das nochmal mit Occupy Wall Street? Jener Bewegung, die Spekulationsgeschäfte und den stetig steigenden Einfluss des Großkapitals auf die Politik angeprangert hat? Im Herbst 2011 hatte Occupy eine enorme Größe erreicht, bevor es recht schnell wieder in sich zusammenfiel. Ein kurzes, aber kräftiges Leuchtfeuer des Protests, dem es an klaren Forderungen mangelte – so zumindest die mehrheitliche Bewertung der politischen Beobachtenden. Zwei weitere Faktoren spielten eine Rolle: Aus Angst vor Machteliten innerhalb der Bewegung hatte Occupy genau das abgelehnt, wovon jede Bewegung ein Mindestmaß braucht: Struktur. Auch die radikale Idee der permanenten Versammlungsdemokratie war praktisch unmöglich umzusetzen – viele Aktivist*innen gaben nach einer gewissen Zeit im Zelt einfach entkräftet auf. Dennoch: Die Proteste, die im New Yorker Zuccottipark ihren Anfang nahmen, haben kräftig Nachhall erzeugt: Mit der spanischen Linkspartei Podemos, der US-amerikanischen Bewegung um Bernie Sanders als Leitfigur und zuletzt der französischen Nuit Debout haben sie eine ganze Reihe von Bewegungen im linken Spektrum inspiriert.

Aus der Sozialforschung weiß man, dass nicht etwa Armut oder drohende Verarmung der stärkste Antriebsmotor für Bewegungen sind, sondern ein tief empfundenes Gefühl der Ungerechtigkeit. Angesichts der immer größer werdenden sozialen Spaltung,

ALLE RAN

Die Gesellschaft bewegt sich – zum Teil auseinander. Gesucht werden Orte, an denen sich Menschen aus verschiedenen Schichten wirklich begegnen, und jede oder jeder mal gehört wird. Eine Idee dazu haben die Politikwissenschaftler*innen Patricia Nanz und Claus Leggewie. Sie wollen Bürgerbeteiligung institutionalisieren: mit einer „Konsultativen“. Ein per Los zufällig zusammengesetzter Zukunftsrat, bestehend aus bis zu 50 Bürger*innen ab 14 Jahren, berät die Politik in Nachhaltigkeitsthemen. Gemeinderat, Landtag oder Bundestag sollen auf die Empfehlungen des Zukunftsrats mit einem verbindlichen Feedback reagieren. Bündnis 90/Die Grünen gehen bei der Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms einen ähnlichen Weg: 50 zufällig ausgewählte Bürger*innen werden zu ihren Ideen befragt. Nachahmung erwünscht, damit mehr politische Räume für Bewegung entstehen: die Demokratisierung der Demokratie als Erbe von 68.

WAS ICH NICHT WEISS...

Es ist eine der großen Fragen unserer Zeit: Wie verändern digitale Technologien, künstliche Intelligenz und Algorithmen Staat und Gesellschaft? Kritiker*innen warnen vor Schattenseiten, etwa der: Je mehr IT-Unternehmen (und Staaten) wissen, was wir schreiben, suchen, sagen, denken, desto mehr verlieren wir an Freiheit und werden manipulierbar. Die demokratische Gegenbewegung kommt langsam in Schwung, besonders in der EU, zum Teil gebremst vom Widerstand der Lobbyist*innen – und von fehlendem Wissen. Weil viele Menschen den technologischen Wandel nicht verstehen, sagt der israelische Historiker Yuval Harari in der Zeit, konzentrieren sie sich lieber auf alte Themen statt die neuen anzugehen. Je abstrakter etwas ist, desto schwerer können wir es uns vorstellen und verändern. Bewegung beginnt immer im Kopf – mit der Anstrengung und dem Mut, neu, anders und vor auszudenken.

#1%besitztsovielwie99%, scheinen die obigen Erklärungsansätze für das Abebben oder völlige Verstummen der Bewegungen aber doch nicht ganz auszureichen.

Ich frage mich: Haben sie womöglich auch deshalb nicht verfangen, weil sich unser Menschenbild in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten durch die Ökonomisierung aller Lebensbereiche entscheidend gewandelt hat? Techniken des Eigenmarketing und der Selbstoptimierung sind immer mehr zur Selbstverständlichkeit geworden. Und der Spruch „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“ scheint heute wahrhaftiger zu sein denn je. Gleichzeitig stärkt diese Auffassung die Annahme, dass auch jegliches persönliche Scheitern immer nur ausschließlich selbst verursacht worden sein kann. Wer es nicht geschafft hat, ist eben selbst schuld. Strukturelle Faktoren wie unterschiedliche Startchancen ins Leben, Winner-take-it-all-Effekte oder Netzwerk-Vorteile werden dabei jedoch völlig ausgeblendet. Und so diskreditiert das neoliberale Denkmuster, das Erfolg und Scheitern alleine auf individuelles Vermögen oder etwaiges Unvermögen zurückführt, jegliche Anfechtung von Macht- und Eigentumsverhältnissen im Vorhinein.

Anruf bei Campact in Verden, einer Online-Kampagnenschmiede der ersten Stunde. Die NGO beschäftigt derzeit 60 feste Mitarbeiter*innen und versteht sich als „progressive Bürgerbewegung.“ Mit ihrem Newsletter erreicht sie fast zwei Millionen Menschen in Deutschland und ist damit per Selbstdefinition „die größte politische Internet-Organisation Deutschlands“. Ich möchte von Felix Kolb, einem der Gründer von Campact, erfahren, wie Protest im Social-Media-Zeitalter funktioniert.

Herr Kolb, was bringt Clickivismus?

Online-Petitionen können, wenn sie groß werden, der Politik signalisieren, welche Themen wichtig sind. Bei uns sind sie aber nur einer von vielen Bausteinen der Kampagnenarbeit. Wir organisieren auch dezentrale Aktionstage, geben Studien in Auftrag und machen mit bei Großdemonstrationen. Davon geht oft eine größere Wirkung aus.

Das Internet ist Ihr wichtigstes Werkzeug – was macht es unersetzlich?

Umwelt, Gesundheit und sozialer Ausgleich sind ja generell schwache Interessen, weil sie keine Lobby haben. Sie betreffen zwar irgendwie alle, aber es ist sehr schwer diese

Interessen zu bündeln und das Netz hilft uns enorm dabei sie zu organisieren. Ich denke, wir haben ein gutes Modell gefunden ihnen punktuell immer wieder eine Stimme zu verschaffen. Trotzdem: Das ist kein Ersatz für die demokratischen Verfahren.

Ich muss an die Janusköpfigkeit des Internets denken: Sie zeigt sich in den Filterblasen, Echo-kammern und Bots der sozialen Netzwerke, die einen verzerrenden Effekt auf unsere Wahrnehmung der Realität haben. Auf den Plattformen der sozialen Medien funktionieren die Debatten anders als in der physischen Welt oder den klassischen Medien – TV, Print, Radio. Komplexe Themen haben es schwerer, überspitzte, plakative oder extremere Themen verbreiten sich schneller und erzielen eine größere Reichweite. Auf dem Marktplatz der Aufmerksamkeit gewinnen so oft die schillerndsten Bubbles – auch ein Grund, wieso Fake News überhaupt so groß werden konnten.

Hart ausgedrückt: Individuell sind wir rational, während wir in der Online-Community durch Aufschaukelungsprozesse verdummen, den falschen Narrativen hinterherlaufen und diese im Extremfall auch noch zur Grundlage für Gesetzgebungsprozesse machen. Und auch wenn das nicht passiert: Fakten haben es im postfaktischen Zeitalter schwer, da ihnen etwas Bevormundendes anhaftet. Auch deswegen wäre eine Art Wahrheitskommission, wie sie einige fordern, vielleicht keine gute Idee, würde ihr doch etwas Technokratisches anhaften. Was es braucht? Vertrauen – eine selten gewordene Ressource.

Wie muss eine Kampagne gestaltet sein, damit sie funktioniert?

Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass es leichter ist, Menschen aufzurütteln, wenn eine konkrete Verschlechterung des Status Quo

Raus aus der Filterblase – Kritik suchen statt Lob und Likes. Vor Andersdenkenden für die eigene Sache eintreten zu müssen, schärft die Argumente. Bewegung beginnt im Kopf! Zuhören können, Zweifel zulassen. Wie offen sind wir für die Meinung anderer?

WE ARE
OPEN



Es geht nicht um gute Miene zum bösen
Spiel. Aber um eine Portion Menschlichkeit!
Im Ernst: Lachen steckt an. Wir Grüne
wollen mit Optimismus überraschen und
mitreißen. Humor ist wirkungsvoller
als Wut. Bewegung darf Spaß machen.

„Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass es leichter ist, Menschen aufzurütteln, wenn eine konkrete Verschlechterung des Status Quo droht.“

droht. Wenn es darum geht, den Status Quo zu verbessern, ist das schwieriger – leider. Ich denke, das liegt in der Psychologie des Menschen: Erst wenn Gefahr in Verzug ist, nehmen wir die Beine in die Hand. Deswegen finde ich die GroKo sehr problematisch.

Wieso?

Es gibt keine signifikanten Verschlechterungen, aber auch gar keinen Bereich, wo es viel besser wird – gerade nicht beim Klimaschutz. Dieser zementierte Status Quo versetzt die Menschen in eine Lethargie, die es zu durchbrechen gilt. Denn wenn wir weiter so vor uns hinwursteln, wie das die Große Koalition tut, ist es vielleicht bald viel zu spät.

Ist Lethargie nicht auch ein generelles Phänomen unserer Zeit?

Gerade Menschen im links-progressiven Lager sind auf verschiedenen Ebenen verunsichert. Zum einen in Bezug auf die EU: Grundsätzlich ist man pro Europa, gleichzeitig nimmt man wahr, welche skandalösen Entscheidungen da – Stichwort Glyphosat und Schiedsgerichte – durchgewunken werden. Das führt zu einer inneren Zerrissenheit, die nur schwer auszuhalten ist und potenziell zum Rückzug aus dem Politischen führt.

Auch die Medienkritik war ja ursprünglich eine linke Domäne.

Absolut. Durch diese ganzen Vereinnahmungen geht vielen Menschen der klare Kompass verloren, zumindest gefühlt. Doch wir dürfen uns das nicht wegnehmen lassen, auch nicht aus Angst davor, mit den Rechten in einen Topf geworfen zu werden – was bei oberflächlichen Medienformaten durchaus vorkommt. Auch schon deswegen müssen wir bei unserer Kritik bleiben.

Ich muss wieder an den Film *System Error* denken. Und an die 20 neuen Flughäfen, die in China jedes Jahr gebaut werden. Für mich stehen sie auch symbolisch für das enorme globale Wachstum. Konterkariert

der rasante Zuwachs an Infrastruktur nicht automatisch all unsere Bemühungen im Klimaschutz? Und was bringen da die zehn großen Appelle, die *Campact* jährlich startet? Oder ist es zynisch, das eine gegen das andere auszuspielen? Und darf man Wachstum überhaupt bei einer schnell wachsenden Weltbevölkerung kritisieren? Wie sollen denn alle satt, wie sonst die steigenden Bedürfnisse in den Schwellenländern erfüllt werden?

Das Gefühl der Zerrissenheit, das Felix Kolb anspricht, zeigt sich bei mir auch dergestalt, dass ich immer stärker zwischen dem Wunsch, informiert zu bleiben und der Sehnsucht, öfter einmal gar nichts mehr von der Welt zu hören, hin- und herschwanke. Ich als Journalist – ein temporärer Medienverweigerer? Vor ein paar Jahren hätte ich mir den Digital Detox, der inzwischen auch zweimal pro Jahr im Zen-Kloster stattfindet, noch nicht vorstellen können. Aber Trump, schlechte Nachrichten, verstörend-absurde Nachrichten, #dasbitcoinsystemverbraucht-mehrstromalsdieschweizervolkswirtschaft verderben mir zunehmend die Laune und ziehen mich runter. Umso mehr erstaunt es mich, als eine Lösung für mein inneres Dilemma bei der nächsten Veranstaltung skizziert wird.

Isarufer. Sonntagnachmittag. Kastanienbäume.

Das Muffatwerk, ein ehemaliges Elektrizitätswerk, liegt ein wenig versteckt hinter dem Müllerschen Volksbad. Wo sonst allabendlich Konzerte stattfinden, sollen heute unter der Überschrift „Freiheit & Demokratie – Globale Themen im Kontext 2.0“ Podiumsgespräche mit internationalen Gästen geführt werden. Ausrichter ist das Münchner Medienkollektiv *acTVism*. Ähnlich wie *Campact* finanziert sich auch *acTVism* ausschließlich über private Spenden und verweigert Großspenden aus Politik und Wirtschaft. Mit ein Ziel der heutigen Veranstaltung wird es sein, die Gespräche zu filmen

MAL LANGSAM

1968 gilt auch als das Jahr, als die Deutschen das demokratische Streiten und Diskutieren lernten.

Heute hat sich der Raum, in dem sich politische Meinung bildet, teilweise in die digitale Sphäre verlagert, mit Vor- und Nachteilen.

Jede oder jeder Einzelne kann Meinung machen und verbreiten.

Klickzahlen entscheiden mit darüber, was relevant ist und wahrgenommen wird, Bots können Ansichten einer Minderheit als

Meinung der Mehrheit erscheinen lassen. Verändert hat sich auch die Zeitdimension:

(Falsch-)Meldungen verbreiten sich in Minuten, Politiker*innen sollen ebenso schnell darauf

antworten. Der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte nennt das „digital beschleunigte

Demokratie“. Sie engt den Raum ein für echten Diskurs.

Bewegung braucht auch mal Pause, um sich neu zu sammeln.

Der Kampf für Gerechtigkeit lohnt sich schon alleine deshalb, weil man dadurch wunderbare Menschen kennenlernt.

und einem breiteren Publikum im Netz zur Verfügung zu stellen.

Im schattigen Vorhof des Muffatwerks sticht mir ein Typ ins Auge, der sich von den anderen einströmenden Menschen etwas absetzt: Dunkelblonde, nach hinten gegelte Haare, Pilotensonnenbrille, aufgeknöpftes Hemd und Espadrilles – so jemanden hätte ich eher bei einem FDP-Meeting erwartet als hier. Patrick Knodel, Sohn eines Immobilienunternehmers, erzählt mir, dass er mit 18 Jahren unbedingt Porsche-Vorstand werden wollte. Und wie ihn eine Weltreise zu einem Sinneswandel geführt hat – seitdem sei soziale Gerechtigkeit sein Thema. Auch, wie er sich durch die Lektüre des Linksintellektuellen Noam Chomsky immer tiefer in die Materie hineingefuchst habe. Dann skizziert er, was seiner Meinung nach alles falsch läuft, wo man ansetzen müsse und wieso Veranstaltungen wie diese hier so wichtig seien. Gekauft! Nachdem ich ein Extratreffen mit Patrick vereinbart habe, gehe ich in die dunkle Halle. Im Vorbereich präsentieren sich die Münchner Friedensbewegung, Varoufakis' linksliberaler Think-tank *DiEM25* „zur Rettung Europas“ und die Plattform *Human Connection*, die als neues, gemeinnütziges soziales Netzwerk Facebook Konkurrenz machen will.

Der Auftakt. Nach einem Grußwort greift Moderator Zain Raza zum Mikrofon. Er spricht von jenen Nachrichtenschnipseln, die uns tagtäglich erreichen: Hier eine Stadt, die dem IS abgetrotzt wurde, dort ein Tweet von Trump und da noch ein Giftgasanschlag. Das Problem: Für die allermeisten Empfänger*innen passiere dies innerhalb eines inhaltlichen Vakuums, sie könnten die Nachrichten nicht mehr richtig einordnen.

Da ist er wieder, mein innerer Widerstreit. Aber sag's mir bitte: Wie komme ich da raus? „Empowerment“ heißt das Zauberwort, das Raza anführt – darum soll es am heutigen

Spätnachmittag gehen. Er verspricht, dass alle Anwesenden heute nicht nur mit Hintergrundwissen versorgt, sondern auch inspiriert nach Hause gehen würden. Und mit einem Gefühl, dass wir „die Welt von Morgen an ändern können.“

Was folgt, ist eine fast dreistündige Tour de Force durch die aktuelle Weltpolitik. Auf Podium kommen die Investigativjournalistin Abby Martin und Jill Stein, Ex-Präsidentenskandidatin der US-amerikanischen Grünen. Später wird Glenn Greenwald per Livestream hinzugeschaltet. Ziemlich genau vor fünf Jahren hatte Greenwald im Guardian den NSA-Überwachungsskandal enthüllt. Heute sprechen alle über die ganz großen Themen: Konzernmacht, Imperialismus, Trump, Russland, Facebook und die Rolle der Medien. Die Debatte entlässt mich mit einer ähnlich düsteren Gegenwartsdiagnose wie vor ein paar Tagen der Film *System Error*. Und auch heute gibt es keine konkreten Antworten auf die vielen Probleme unserer Zeit. Trotzdem fühle ich mich jetzt nicht mehr ganz so gelähmt. Im Gegenteil: Ich bekomme Lust auf mehr. Auf mehr Vernetzung, mehr Information, mehr Engagement. Die Verve, mit der Jill Stein ihr „Peace over Profit“ immer wieder vorgetragen hatte, war ermutigend. Von der Journalistin Abby Martin habe ich mitgenommen, dass sich der Kampf für Gerechtigkeit schon alleine deshalb lohne, weil man dadurch wunderbare Menschen kennenlerne. Sie sagt: „Movements bring us power, movements bring us together.“

Auf dem Nachhauseweg bewegen sich meine Gedanken in alle Richtungen. Immer wieder muss ich an Jill Steins Worte denken, dass es nicht darum ginge, die Menschen zu verändern, sondern darum, herauszufinden was zu tun sei und es gemeinsam zu tun. Zu erfahren, wie aus einem kleinen Zirkel von Münchner*innen, die sich ursprünglich getroffen haben, um gemeinsam zu kochen, *acTVism* entstanden ist, ein großes Ding,

SCHAU AN

Warum haben manche politische Bewegungen medialen Erfolg – und andere nicht? Diese Frage stellte sich 2017 der Journalist Rico Grimm im Online-Magazin „Krautreporter“. Zwei von Grimms Erkenntnissen, die er mit Forschungsergebnissen untermauert: Medien berichten kritischer über Protestbewegungen, die den Status Quo in Frage stellen, wohl damit keiner die geltenden Regeln verletzt. Wie viel berichtet wird, entscheidet vor allem die Taktik. Verkürzt gesagt: Wer gute Bilder liefert, bekommt mehr Aufmerksamkeit, das wusste man auch schon '68. So erfüllen etwa Demonstrationen viele Nachrichtenfaktoren, schreibt Grimm, sie sind deshalb so aufregend, weil aus abstrakter Politik plötzlich etwas sehr Konkretes wird. „Der Mensch, der da gerade vor mir auf der Straße steht und etwas will. Diesen Menschen kann ich ansprechen und alle seine Mitdemonstranten auch. ... Hier passiert was. Ein seltenes Glück.“



**SIZE
MATTERS**

Bewegung für alle: Wer die Welt verändern will, muss große Teile der Gesellschaft erreichen. Aufmerksamkeit herstellen, Druck aufbauen, Forderungen durchsetzen – große Demonstrationen leben vom Entschluss vieler Menschen, auf die Straße zu gehen und für ihre Ziele einzutreten. Und deshalb zählt jede und jeder Einzelne!

LET'S ROCK

1968 war das Jahr des Rock'n'Roll: Eine Generation drehte ihre Musik voll auf, in den Songs vibrierte die Energie des Protests. Ein Blick in die alten Hitlisten zeichnet noch ein anderes Bild: Es war auch das Jahr von Heintje, der mit Liedern wie „Mama“ die Plätze 1, 2 und 4 in der Jahreshitparade belegte. Doch zweifellos hat Rockmusik die Gesellschaft verändert. „Die Menschen haben über soziale Grenzen hinweg gelernt, selbstbewusster aufzutreten“, sagt der Kultursoziologe Frank Hillebrandt in der Neuen Osnabrücker Zeitung, die Basis für Protest war geschaffen. Und heute? Sind die Zeiten bewegt wie damals, aber nur in wenigen Songs finden sich politische Statements. Vielleicht stimmt es, was Micky Beisenherz im Stern dazu schreibt: Es dürfte gerade eine neue Riege von Musikern nachwachsen, und Ezé Wendt aus Burkina Faso, Germanistikstudent in Dresden, legt schon mal vor: Er hat die politische Hymne „Sei wachsam“ von Reinhard Mey neu interpretiert.

das solche Events stemmen kann, hat mich beeindruckt. Man muss eben nicht immer gleich mit der Weltrettung beginnen. Zusammenkommen und sich austauschen, das scheint ein guter Startpunkt zu sein.

Der große Paukenschlag: Die USA kündigen den Iran-Deal auf. Und ich frage mich: Was passiert als nächstes? Darüber will ich mit Hans-Christian Ströbele sprechen. Ströbele, ein Urgestein der Grünen, bezeichnen manche als so etwas wie das Gewissen der Partei: Erprobter 68er, vier Mal einziges grünes Direktmandat für den Bundestag, Edward Snowden-Besuch in Moskau.

Herr Ströbele, die deutsche 68er-Bewegung hat sich ja aus den amerikanischen Studentenprotesten in Berkeley, Stichwort: Kalter Krieg und Vietnamkrieg, heraus entwickelt. Ist auch jetzt ein guter Zeitpunkt für eine neue Friedensbewegung gekommen?

Absolut, denn die ist ganz dringend erforderlich. Ich glaube so nahe an einem Krieg waren wir seit dem Bau der Berliner Mauer nicht mehr.

Glauben Sie denn auch, dass eine neue Friedensbewegung entstehen wird?

Da bin ich mir ziemlich sicher. Es wird nämlich immer deutlicher, dass es nicht nur um den Iran und Nordkorea geht – die Kriegsgefahr rückt insgesamt näher. Heutzutage kann man das nicht mehr eingrenzen – der ganze Nahe Osten ist ja durch den Irakkrieg der USA in Brand gesetzt worden. Außerdem würde ich sagen, dass Trump inzwischen unberechenbarer geworden ist als Putin, der sicherlich kein Demokrat, geschweige denn ein Pazifist ist.

Und wie geht es nun Ihrer Meinung nach weiter?

Die regierenden Parteien haben nicht mehr den Ruf, dass sie die großen Probleme lösen können. Und das zu Recht. Für die Grünen stellt sich die Frage, ob es uns gelingt, die Hoffnungen auf eine radikale Veränderung im Land und darüber hinaus zu bündeln. Die Menschen müssen uns zutrauen, dass wir diese dann auch erfüllen können. Meiner Meinung nach geht das nur, wenn wir uns auch wieder auf unseren linken Ursprung zurückbesinnen.

Ich frage mich gerade: Wieso sind Sie eigentlich kein Mitglied der Linkspartei?

Die Grünen sind eine Partei, die aus den sozialen Bewegungen entstanden ist. Viele unserer Mitglieder*innen kommen von ihnen,

stehen für deren Inhalte und versuchen diese auch wirklich zu leben – das macht uns glaubwürdiger, und das ist unsere Stärke. In der Linken ist das zuweilen anders, wo Teile eine Flüchtlingspolitik gutheißen, die Züge der CDU-Politik trägt.

In Berlin kommt es heute wieder häufiger zu Hausbesetzungen – fühlen Sie sich eigentlich an die 68er-Zeit erinnert?

Die Hausbesetzerszene war ja erst in den 80er-Jahren aktiv. 1968 waren die Wohnungen in Westberlin noch nicht teuer. Die Kommune 1 konnte zum Beispiel relativ günstig eine große Altbauwohnung am Stuttgarter Platz mieten. Wir haben nicht Häuser besetzt, sondern die Uni oder das Rektorat.

Und was hat Sie damals politisiert?

Der 2. Juni 1967, jener Tag, an dem Benno Ohnesorg erschossen wurde, und wie Presse und Politik reagiert haben. Sie gaben uns – den „Chaoten“ – die Schuld, obwohl ein Polizist gezielt geschossen hatte. Daraufhin habe ich mich in der Außerparlamentarischen Opposition, der APO, engagiert. Ich wurde immer sicherer, dass wir eine radikale Veränderung in Deutschland brauchen, eine Revolution.

Und was haben Sie damals tatsächlich erreicht?

Nun, die Revolution nicht, wie man sieht. Wir wollten ja eine Räterepublik. Nicht jedoch eine zweite DDR, die war für uns ein „Sozialismus zum Abgewöhnen.“ Aber in der Gesellschaft und Lebenskultur haben wir viele Veränderungen mitbewirkt und angestoßen. Etwa im Zusammenleben, in den Geschlechterbeziehungen und bei den individuellen Freiheitsrechten. Nicht alles ist gut, aber vieles besser geworden.

Die 2017 beschlossene Homo-Ehe – auch hier wieder eine späte Nachwirkung von '68. Und eine Wiederauflage der Bewegung im Sinne von Demonstrationen für den Frieden? Ströbele hält's für möglich.

Christi Himmelfahrt. Für heute ist die Großdemonstration gegen das neue Polizeiaufgabengesetz angesetzt. Schon Tage zuvor hatte meine App leichte Gewitter gemeldet. Wird sie überhaupt stattfinden können? Kommen Leute? Braucht Bewegung Sonnenschein? Vorab bin ich zum Treffen mit Patrick verabredet, dem jungen Mann, den ich ein paar Tage zuvor beim Event von *acTVism* kennengelernt habe.

Loretta Bar. Cappuccino. Orangensaft.

Patrick beginnt zu erzählen: „Aus den Spitzen von Wirtschaft und Politik hört man immer wieder: Auch heute könne es jede oder jeder noch nach ganz nach oben schaffen. Wenn man eben nur fleißig genug und umsichtig sei. Stimmt vielleicht. Was diejenigen aber gerne weglassen, ist: Man muss schon sehr viel Selbstbewusstsein und Risikoaffinität mitbringen. Doch Menschen sind nun mal nicht gleich. Als Sohn eines reichen Unternehmers dürfte ich das eigentlich gar nicht sagen, aber es ist so: Diejenigen, bei denen eher soziale und künstlerische Eigenschaften im Vordergrund stehen und diejenigen, die ‚out of the box‘ denken, werden von unserem System gar nicht mehr gefördert. Obwohl es so viele mehr davon bräuchte. Wir haben uns verrannt.“

Ich erinnere mich an die Geschichte eines Freundes, der als Krankenpfleger arbeitet. In dem Gespräch mit einem Fremden hatte er sich über seinen geringen Lohn beschwert. Daraufhin der Fremde: „Intelligenz fängt bei der Berufswahl an.“ Da ist es also wieder, das neoliberale Menschenbild vom

Kosten-Nutzen-Maximierer. Aber was, wenn wir tatsächlich alle nur dem Geld hinterherrennen würden? Patrick erzählt weiter: „Früher war ich tatsächlich FDP-ler und dachte, es läuft schon alles fein. Auf meiner Weltreise 2011 sind mir die Augen aufgegangen. In Malaysia, einem Land das noch vor 100 Jahren fast überall von tropischem Regenwald bedeckt war, bin ich im Zug durch endlose, sterile Palmenhaine gefahren. Überall war der Schriftzug von Sime Darby, einem malaysischen Mischkonzern, zu lesen. Die Ölpalmen standen in Reih und Glied, es sah richtig traurig aus. Einige Monate später bin ich in London. Was sehe ich da unweit der Battersea Power Station? Einen Luxus-Wohnblock von Sime Darby. Mit Appartements, die sich kein normaler Mensch leisten kann. Wohnungen, die von reichen Arabern gekauft und leer stehen gelassen werden. Als Sicherheit. Abgeholzte Regenwälder für leerstehende Luxuswohnungen: Da war bei mir die Schmerzgrenze erreicht.“ Patrick ist schon wieder auf dem Sprung. Zu einem Termin bei „One Earth – One Ocean“, einem Verein, der sich der Befreiung der Meere von Plastikmüll verschrieben hat und den

er unterstützt. Ich radle zum Marienplatz, wo die Demonstration, die das breite Bündnis *noPag* ins Leben gerufen hat, in einer Stunde starten soll.

Die Neufassung des Polizeiaufgabengesetzes will die Befugnisse der Polizei massiv ausweiten. Dafür soll unter anderem die Unverletzlichkeit der Wohnung eingeschränkt werden. Ebenfalls vorgesehen ist es, die Überwachung von Telefonen und Computern auch ohne konkreten Verdacht zu erlauben. Zentraler Kritikpunkt: Die Eingriffsschwelle für viele polizeiliche Aktionen soll auf das Kriterium der „drohenden Gefahr“ herabgesenkt werden – juristisches Neuland für polizeiliches Handeln. Viele Expert*innen bewerten das kritisch. Bayerns frisch vereidigter Ministerpräsident Markus Söder jedoch sieht das Gesetz als Mustervorlage für andere Bundesländer und prescht voran.

Knatternde Flaggen vor dem neogotischen Rathaus. Glockenspiel. Große Boxen an einer Feuerwehrleiter.

Auf dem Marienplatz haben sich bereits einige hundert Menschen zur Demonstration

ANZEIGE

FÜR UNSERE GESUNDHEIT

BRINGT ASSISTENZÄRZTIN
SILVIA HÖCHSTLEISTUNG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/silvia

IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER

Ich erinnere mich an Christls Beobachtung, dass jede oder jeder Beteiligte der 68er-Revolte etwas anderes in ihr sah. Vielleicht ist es bei der heutigen Demonstration ähnlich.

eingefunden, viele in ihren 20ern, manche aus den entferntesten Winkeln Bayerns. Die meisten haben über Facebook von dem Protest erfahren.

Welche Themen bewegen sie, was wollen sie, was wollen sie nicht? „Repression“, „mehr Gleichheit“, „Bollerwagen-Tour kann jeder, wir wollen etwas Vernünftiges“, „Politik braucht mehr Vertrauen in die Menschen, nicht weniger“, „das geplante bayerische Psychatriegesetz – ein No-Go“, „eine soziale Reform des Sozialsystems“, „Umweltschutz und Freiheit“, „Flüchtlinge sollen besser behandelt werden“, „Totalüberwachung“ und „mehr Zusammenhalt“. Der Protest gegen ein Gesetz, von dem viele Menschen ihre Grundrechte bedroht sehen, bringt ganz verschiedene Gemütslagen, Wünsche und Sorgen zusammen.

Ich erinnere mich an Christls Beobachtung, dass jede oder jeder Beteiligte der 68er-Revolte etwas anderes in ihr sah. Vielleicht ist es bei der heutigen Demonstration ähnlich. Jedenfalls passiert heute auch genau das, was Compact-Chef Kolb gesagt hat: Menschen gehen auf die Straße, weil sie das Gefühl haben, dass sich ihre Situation verschlechtert.

Lucas Kripp ist von der Wirkung des Protests überzeugt. Im September vergangenen Jahres ist der 30-Jährige den Grünen beigetreten und wird bald für den Vorstand des Ortsverbands München Nord kandidieren. Er ist stolz auf seine Stadt: „Immer wenn's ernst wird, ist München da – wie auch jetzt wieder beim Widerstand gegen das PAG.“ Die Psychologiestudentin Kim Herbst, einige Schritte von ihm entfernt, schlägt einen nachdenklicheren Ton an: „Die Frage ist doch, wieso es so ein krasses Sicherheitsbedürfnis gibt. Die Wurzel des Problems liegt ganz woanders – bei der Angst.“ Aber

Angst – heute, an diesem Tag? Auf der Demonstration ist jedenfalls kein Platz für sie. Es wird getrommelt, debattiert, gelacht, gepfiffen und Fahnen geschwungen. Eine medizinballgroße Überwachungskamera aus Alu schwenkt an einer langen Stange wie suchend über die Köpfe. Menschen recken Schilder in die Höhe, auf denen „Verhaften first, Bedenken second“, „Passwort vergessen? – 110!“ oder „O'zapft is“ steht. Der bayerische Protest ist bunt und kreativ.

Gegen halb zwei setzt sich der Menschenzug in Bewegung. Die Menge zwingt sich durch das Nadelöhr des alten Rathauses und ergießt sich wie ein Strom in die Straße Richtung Isartor. Ich fließe mit. Und fühle mich beschwingt, fast elektrisiert. Weiter bis zum Odeonsplatz. Kurz vor der Staatskanzlei nehme ich eine Abkürzung durch den Hofgarten. Die Abschlusskundgebung läuft bereits, der Platz ist rappellvoll. Ich setze mich auf den Stufensockel der großen Fahnenstangen – neben mir ein älterer Herr.

Rote Schiebermütze, Seidenschal, olivgrünes Leinenjackett.

Ich komme mit ihm ins Gespräch. Alfred Hoffmann ist Ende der 60er-Jahre als junger Student von einem „erkatholischen, schwarzen Dorf aus dem Saarland“ ins tumultuöse München gekommen, um hier Sozialwissenschaft und Theologie zu studieren: „Zwei Jahre lang wurde ich geistig-seelisch durcheinandergewirbelt. Zu Beginn meiner Studienzzeit war ich Mitglied in einer Studentenverbindung und hatte ein Schwarzweißbild von der Welt: Der Westen gut, die kommunistischen Länder schlecht. In der Weihnachtsausgabe der Süddeutschen Zeitung habe ich dann einen Bericht über den brutalen Einsatz von Napalm im sinnlosen Vietnamkrieg gelesen. Das war mein turning point, der mir die Augen geöffnet hat. Von da an gab es

BOTTOM-UP

'68 steht für die Bereitschaft, alles in Frage zu stellen und nichts als gegeben hinzunehmen. Wir können auch anders! Bewegung beginnt noch heute mit dem Gefühl, dass was nicht stimmt. Gegenwärtig ist es die Verteilung von Einkommen und Macht, die viele umtreibt. Bisher akzeptieren wir, dass es in der Wirtschaftswelt Hierarchien braucht, sagt etwa Lisa Herzog, Professorin an der Hochschule für Politik an der TU München. Ein Gegenvorschlag der Philosophin und Ökonomin: Arbeit und Wirtschaft so zu verändern, dass die Einzelnen sich als Akteur*innen mit ihren Werten einbringen können. Die 34-Jährige regt an, viel kreativer zu werden und weiterzudenken: Mit Hilfe von digitaler Kommunikation sei es möglich, selbst große Gruppen in betriebliche Entscheidungsfindungsprozesse einzubinden – und wirtschaftliche Macht stärker demokratisch von unten zu kontrollieren.



TRÄUM
WEITER

Viel, viel weiter bitte! Damit wir wissen,
was wir Schritt für Schritt verändern
wollen, dürfen wir nicht nur ans Jetzt denken,
sondern müssen das Morgen schon
Heute sehen. Schließlich lässt sich die
Realität nur an unseren Visionen messen.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

PUBLIKATIONEN

Schriften des Archivs Grünes Gedächtnis

Die Gründungsgeneration der Grünen – Acht Interviews

Mai 2018, 172 Seiten



Schutz der Umwelt, Kampf gegen die Atomkraft, für die Gleichberechtigung der Frau, gegen atomare Aufrüstung – die politischen und sozialen Bewegungen sind bekannt, aus denen die «Partei Die Grünen» entstanden ist.

Weniger bekannt – bis auf berühmte Namen wie Petra Kelly oder Otto Schily – sind viele der Gründungsgeneration aus den siebziger und achtziger Jahren. Dieser Band gibt höchst interessante persönliche Eindrücke in die Geschichte der Grünen und in eine Zeit, die das Land verändert hat.

Ende Juni erscheint
böll.Thema 2/2018

Demokratie braucht Feminismus

Bestellung & Download: boell.de/thema

Schriften zu Europa – Band 9

Demokratisierung in der Europäischen Union

Studie zu einer europäischen Aufgabe

Von Christoph Möllers und Linda Schneider
Februar 2018, 104 Seiten



Die freiheitlichen Demokratien stehen unter Druck. Verschiedene populistische Kräfte versprechen Schutz und Sicherheit durch Abschottung und einen starken, autoritären Staat.

Die Europäische Union ist von diesen Entwicklungen nicht ausgenommen, wie man an den Ländern Ungarn und Polen sehen kann. Diese Publikation macht anschaulich in welchem Dilemma sich die EU befindet und welche Möglichkeiten sie doch hat.

Bestellung & Download der Publikationen:
boell.de/publikationen

www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstr. 8, 10117 Berlin

kein Zurück mehr für mich.“ Auch 50 Jahre später demonstriert er wieder auf der Straße, wenn auch unter anderen Vorzeichen.

Einige Momente später verkündet der Versammlungsleiter, dass nun auch das Ende des Zugs angekommen sei – am Siegestor, einen Kilometer nördlich vom Odeonsplatz. So weit hat sich also die Menschenmenge nach hinten aufgestaut. Von 30.000 bis 40.000 Demonstranten ist die Rede; die Abendzeitung wird am nächsten Tag „Protest gegen Söder“ titeln. Fest steht schon jetzt: Es sind mehr als dreimal so viele Menschen gekommen als erwartet. Ist auch das ein kleiner Mosaikstein innerhalb des großen, sich vollziehenden Umbruchs, von dem Ströbele sprach?

Auch der prominente Hirnforscher Gerald Hüther sieht uns inmitten eines Zeitenwandels, bei dem die alten Hierarchien bröckeln. Hüther forscht zum Konzept der Würde. Sein Anliegen: Den antiquiert wirkenden Begriff aus einer neurobiologischen Position heraus neu zu definieren. Und ihn damit sowohl in die gesellschaftliche Debatte zu heben wie auch als Richtschnur für persönliches Handeln anzuregen. In seinem gleichnamigen Buch beschreibt Hüther Würde als „ein inneres Bild, also ein aktiv werdendes neuronales Verschaltungsmuster, das sehr eng an die Vorstellungen der eigenen Identität gekoppelt und damit zwangsläufig auch sehr stark mit emotionalen Netzwerken verknüpft ist. Es geht dabei um eine innere Vorstellung davon, was für ein Mensch jemand sein will.“

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Der prominente erste Satz aus unserem Grundgesetz geht für mich wunderbar mit der Definition des Hirnforschers zusammen. Denn natürlich: Niemand kann mir mein inneres Bild von der Person nehmen, die ich sein möchte. Und weitergedacht: Da jedem Menschen dieses Idealbild innewohnt, bedeutet die Rückbesinnung auf die eigene Würde gleichzeitig auch die Anerkennung der Würde unseres jeweiligen Gegenübers. Damit entspricht Hüthers Appell, sich die eigene Würde neu zu vergegenwärtigen, einem radikal persönlichen und gleichzeitig kosmopolitischen Ansatz. Etwaige Identifikationen mit nationalem oder sozialem Background werden obsolet, wo die schockierende Selbstbefragung anfängt: Wo handle ich nicht würdevoll? Wo lasse ich mich vielleicht zu sehr von Konzepten oder vermeintlichen Zwängen steuern?

Das stimmt mich nachdenklich. Gleichzeitig frage ich mich: Was macht den Neurobiologen so sicher, dass nun die Stunde der Würde geschlagen hat? Ich möchte das bei einem Anruf klären und erhalte eine ausführlichere Antwort: „Unser Gehirn strebt immer nach Kohärenz, also einem Zustand der sich stimmig anfühlt. Gerade in Zeiten, wo die alten Hierarchien zusammenbrechen und die moderne Welt immer neue Dissonanzen erzeugt, wird es da oben inkohärent. Diesem unangenehmen Gefühl können wir einerseits begegnen, indem wir es verdrängen, uns zurückziehen, oder uns ablenken. Dafür gibt es ja heutzutage unbegrenzte Möglichkeiten. Andererseits können wir uns aber auch auf unsere innewohnende Würde zurückbesinnen und sie als Kompass für unser Handeln einsetzen. Dann entsteht wieder Kohärenz.“

Für mich hört sich das plausibel an. Aber damit sind wir auch gleich bei der Gretchenfrage: Taugt Hüthers Versuch, die Idee von Würde wiederzubeleben, auch als Richtschnur für politisches Handeln? Ich gerate ins Stocken. Dann muss ich an all die Menschen denken, denen ich bei meiner Recherche begegnet bin: An Christl Stenglein, die als Studentin ihr Institut bestreikt und Pamphlete verfasst hat. An Felix Kolb, der mit Campact gegen finanzstarke Lobbygruppen ins Feld zieht. Auch an Jill Stein, die bei einem Versuch, an einer Fernsehdebatte zwischen Obama und Romney teilzunehmen, verhaftet wurde. Und an Christian Ströbele, der im Bewegungsstrudel der 68er mitwirkte, Edward Snowden in Moskau besuchte und auch heute immer noch ein Querkopf ist. Last but not least, an Patrick Knodel, der sich getraut hat, die politischen Seiten zu wechseln – und damit vielleicht riskiert, in seinem persönlichen Umfeld anzuecken.

Entspricht ihr Handeln nicht genau dem, was wir als würdevoll bezeichnen? Bestimmt hätten alle es sich auch etwas leichter machen können. Aber sie taten es nicht. Wieso? Weil sie ihre Überzeugungen nicht preisgegeben haben und einem inneren Impetus gefolgt sind. Das, was sie gesellschaftlich vorfanden, haben sie nicht als gegeben hingenommen, sondern hinterfragt. Und so veranschaulichen diese Menschen: Wer im Einklang mit seiner Würde agiert, handelt politisch. Weil sie oder er eine Alternative im Blick hat und für sie einsteht. Es mag ja sein, dass durch Ökokrise und neue Nationalismen die kollektiven Handlungsspielräume zusammenschmelzen.

PHILIPP HAUNER

ist Journalist und lebt in München. Vor zwei Jahren hat er auf change.org eine Petition gestartet, und war etwas enttäuscht über die wenigen Unterschriften. Vielleicht klang seine Forderung einfach zu sehr nach Beamtendeutsch: „Einheitliche Regeln für die Flaggenbeleuchtung des Brandenburger Tors in Berlin.“

Aber das bedeutet ja nicht auch automatisch, dass unser individuelles Wirkungsfeld kleiner wird. Vielleicht ist es ja gerade so: Wenn wir mit dem Rücken zur Wand stehen, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als persönlich über uns hinauszuwachsen.

Zum ersten Mal seit zirka 250 Jahren hegt eine Elterngeneration nicht mehr mehrheitlich die Erwartung, dass es den Kindern einmal besser gehen wird als ihr. Und hofft stattdessen auf nicht allzu große Wohlstandseinbußen und den Erhalt des Status

Quo. Ein Novum, eine schockierende Diagnose, die wie eine Weggabelung scheint: Wollen wir ängstlich den Wohlstand mit allen Mitteln verteidigen, indem wir weiter ausschließlich auf Wachstum und Beschleunigung setzen? Oder öffnen wir den Raum für eine neue Definition des zukunftsbejahenden Fortschritts? Diese Option hätte den Vorteil, wieder auf Ziele zuzulaufen anstatt vor der großen Katastrophe davonzurrennen. Und dabei ja doch im großen Hamsterrad zu bleiben.

Auch wenn es irrational erscheinen oder banal klingen mag: Nach zehn Tagen Recherche blicke ich ein wenig hoffnungsvoller in die Zukunft. Mein Gefühl der Ausweglosigkeit ist kleiner geworden. Auch weil mir klar geworden ist, dass viele Menschen ganz ähnliche Gedanken umtreiben wie mich. Ich habe gesehen, wie aus kleinen Initiativen heraus etwas Größeres wachsen kann. Und wie viel doch das persönliche Engagement jeder einzelnen Person zu bewirken vermag. Die Scheinargumente „das bringt doch eh nichts“ oder „da bin ich ja machtlos“ lasse ich jetzt niemandem mehr so einfach durchgehen. Auch mir selbst nicht.

In diesem Sinne: Auch wenn der Protest nicht verhindern konnte, dass das Polizeiaufgabengesetz verabschiedet wurde, war er nicht umsonst. Zum einen war überall zu lesen, dass das Gesetz trotz des großen Widerstands erlassen wurde. Zum anderen hatte der Protest einen Wert an sich – auch für mich. Denn: Was hätte es gebracht, nur zu meckern und untätig zu bleiben? Natürlich, das Gesetz ist nur ein kleiner Mosaikstein innerhalb vieler besorgniserregender Entwicklungen. Wie ungleich größer und abstrakter doch die vielen Probleme sind, mit denen wir tagtäglich medial konfrontiert werden. Aber deswegen in eine Schockstarre verfallen oder neue Sündenböcke kreieren? Nein, danke.

Was wir brauchen, ist mehr Beweglichkeit in den Köpfen – gemäß dem alten Revoluzzer-Motto „Seid realistisch, fordert das Unmögliche.“ Jetzt geht es darum, hinzusehen, sich das Politische neu anzueignen und die Wahrheit wieder sexy zu machen. Dass man dafür zuweilen viel Geduld und einen langen Atem haben muss – geschenkt. Denn schließlich: Auch die Saat der 68er ist nicht vom einen auf den anderen Tag aufgegangen.

ANZEIGE

Lässt frischen Wind rein.

Anna

und die EnBW

Strom aus erneuerbaren Energien.

Wir machen das schon. enbw.com/anna



EUROPAGRUPPE GRÜNE

Zwei grundlegende Reformen der EU werden derzeit verhandelt: Maria Heubuch ordnet den Vorschlag für die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2021 ein. Helga Trüpel widmet sich dem EU-Haushalt zu.

Menschen- und Minderheitenrechte sind der rote Faden, der sich durch die Europaseiten zieht. Barbara Lochbihler beschreibt, wie die indigene Gemeinschaft in Zentraljava für den Erhalt ihres Lebensraums kämpft. Terry Reintke berichtet vom Widerstand gegen den rechten Backlash in Europa. Sven Giegold spricht mit Romeo Franz über Antiziganismus in unseren Gesellschaften. Romeo Franz, der die Nachfolge von Jan Philipp Albrecht antritt, wird erster Sinto im EU-Parlament. Wir feiern dieses historische Ereignis!

Wir wünschen allen Leser*innen spannende Einblicke auf den Europaseiten.

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE

LANDWIRTSCHAFT KLARE ZIELE FÜR DIE AGRARWENDE

von Maria Heubuch

Um die Landwirtschafts- und Lebensmittelpolitik an die Herausforderungen unserer Zeit anzupassen, braucht es eine grundlegende Reform. Bienensterben, Tierleid und verödete ländliche Regionen sind nicht länger hinnehmbar. Aktuell werden in Brüssel die Weichen für die Jahre ab 2021 gestellt: Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) steht bevor.

Die von EU-Agrarkommissar Hogan angekündigten Reformpläne werden den anstehenden Herausforderungen aber nicht gerecht. Demnach sollen die EU-Mitgliedstaaten künftig mehr Verantwortung übernehmen und nationale Umsetzungspläne ausarbeiten. Aber das birgt die Gefahr eines Wettlaufs nach unten. Wer auf billige Massenproduktion setzt und Umwelt- und Sozialstandards untergräbt, könnte am Ende als Gewinner dastehen. Das lässt sich nur verhindern, wenn starke, verbindliche und überprüfbare Ziele auf EU-Ebene gesteckt werden. Dafür streiten wir Grüne.

„Die Agrarsubventionen müssen gezielter eingesetzt werden: Für kleine und mittlere Betriebe, Klima, Umwelt und Tierwohl.“

Durch den Brexit werden in Zukunft weniger Mittel für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Die Europäische Kommission spricht von fünf Prozent Budgetkürzungen, andere Berechnungen kommen auf mehr als 15 Prozent. Gerade weil gekürzt wird, fordern wir, dass die verbliebenen Gelder gezielter für kleine und mittlere Betriebe, Klima, Umwelt und Umbau der Tierhaltung ausgegeben werden. Doch die EU-Kommission plant das genaue Gegenteil: Ausgerechnet die gezielten Maßnahmen der ländlichen Entwicklung sollen empfindlich gekürzt werden, die Hektarzahungen aber kaum. Zumindest gibt es Überlegungen, die Zahlungen an Großbetriebe zu kürzen. Damit wird eine langjährige grüne Forderung aufgegriffen. Allerdings muss dafür gesorgt werden, dass dies nicht durch Unternehmensspaltungen umgangen wird.

Bäuer*innen müssen einen fairen Preis für ihre Produkte erhalten. Hier ist die EU-Kommission noch zu zaghaft. Aktuell sind EU-weit 350.000 Tonnen Milchkpulver eingelagert, weil Maßnahmen gegen Überproduktion zu spät ergriffen wurden. Das drückt die Preise. Statt hier umzudenken und weniger, dafür nachhaltiger zu produzieren, setzt die EU-Kommission auf eine aggressive Exportstrategie. Darunter leiden wiederum Bäuer*innen in anderen Ländern.

Es bleibt also viel zu tun für eine echte grüne Agrarwende.



MARIA HEUBUCH

Mein Hintergrundpapier für eine soziale und ökologische Wende in der Landwirtschaft gibt es hier: gruenlink.de/1fui

INTERVIEW HISTORISCHES EREIGNIS

Sven Giegold interviewt Romeo Franz

Erstmals zieht ein deutscher Bürger mit Romno-Hintergrund in ein Parlament ein. Noch nie gab es in der Bundesrepublik Bundestags- oder Landtagsabgeordnete mit Romno-Hintergrund. Bündnis 90/Die Grünen schicken nun Romeo Franz ins Europaparlament.

Romeo, was bedeutet dein Einzug ins EU-Parlament für die Sinti und Roma in Deutschland und Europa? Es ist ein starkes Signal gegen Rassismus und für die vielfältige Gesellschaft. In Europa und in Deutschland stoßen Sinti und Roma immer noch auf Ablehnung. Ihr Alltag ist geprägt von Ressentiments, Ausgrenzung und Vorurteilen. Viele Menschen mit Romno-Hintergrund geben ihre Zugehörigkeit erst gar nicht an. Sie betreiben Selbstverleugnung, um zum Beispiel ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Auch bei der Wohnungssuche müssen viele mit Schwierigkeiten rechnen, wenn sie sich als Angehörige der Minderheit ausgeben. Viele verleugnen gegenüber Freund*innen oder Kolleg*innen, dass sie der Minderheit angehören. Denn es handelt sich um eine stark marginalisierte und stigmatisierte Gruppe von Menschen. Kaum jemand weiß, dass beispielsweise der Maler Pablo Picasso, der Schauspieler Charlie Chaplin und die Sängerin Marianne Rosenberg Angehörige sind. Menschen mit Romno-Hintergrund stoßen in Europa und in Deutschland auf mehr Ablehnung als jede andere Gruppe. Dass jetzt ein Sinto Europaabgeordneter wird, ist ein historisches Ereignis und eine große Verantwortung. Es kann nicht sein, dass Angehörige dieser Minderheit im Jahr 2018 Angst vor Anfeindungen haben müssen.

Was hast du vor im Europäischen Parlament?

Ich will aus dem Europaparlament heraus gegen Inklusionshindernisse und Diskriminierung jeglicher Art kämpfen. Ich will den Sinti und Roma eine Stimme verleihen und mich dafür einsetzen, dass sie endlich wahrgenommen werden und zwar als Menschen mit Potenzial. Obwohl sie seit Jahrhunderten in Deutschland leben, in allen Gesellschaftsschichten wohlgeachtet und viele bestens integriert, werden sie immer noch umstandslos mit Armutsflüchtlingen aus Osteuropa identifiziert. Menschen mit Romno-Hintergrund sind Menschen wie du und ich. Sie wollen sich einbringen, sie wollen an der Gesellschaft teilhaben. Dafür streite ich. Kaum jemand weiß etwas über sie, um ihren Beitrag zur europäischen Kultur und Gesellschaften zum Beispiel. Das will ich ändern. Ich streite für mehr Integrationsangebote, um Aufstiegschancen zu verbessern und soziale Brennpunkte zu entzerren. Bildung ist der Schlüssel, um ihre Situation zu verbessern. **Du bist seit über 20 Jahren in der Bürgerrechtsarbeit engagiert und hast als geschäftsführender Direktor der Hildegard-Lagrenne-Stiftung für die Rechte der Sinti und Roma gestritten. Du kämpfst dafür, dass Antiziganismus wie Antisemitismus in unserer Gesellschaft geächtet wird.** Antiziganismus beinhaltet Ressentiments und Vorurteile gegen Sinti und Roma und baut wie Antisemitismus auf Bildern auf, die auf die Menschen dieser Minderheit übertragen wurden und werden. Antiziganismus muss gesellschaftlich ebenso geächtet werden wie Antisemitismus. Seit Jahrhunderten, seit Menschen mit Romno-Hintergrund in Europa leben, ist der Antiziganismus Teil der europäischen Gesellschaften und durch ihn werden die Menschen bewusst, oft auch unbewusst, diskriminiert und geächtet. Sie werden als „primitiv“, „kulturlos“, „kriminell“ und „modernisierungsresistent“ gekennzeichnet, um nur einige Beispiele zu nennen. Allerdings wird Antiziganismus in Europa und in Deutschland tabuisiert. Der Begriff selbst wird

höchstens von einer kleinen Gruppe wissenschaftlich und politisch Interessierter verwendet. Wenn wir aber Antiziganismus ernst nehmen würden, wäre beispielsweise die Debatte um die sicheren Herkunftsländer auf dem Westbalkan obsolet, denn weder Serbien, Bosnien und Herzegowina noch Mazedonien sind für Menschen mit Romno-Hintergrund sicher. **Verstehe ich dich richtig, dass du sagst, dass diese Entscheidungen über die sicheren Herkunftsländer deshalb eigentlich rechtswidrig sind?** Es muss eine langfristige Bleiberechtslösung für die nach Deutschland Geflüchteten gefunden werden. Denn auf dem Westbalkan haben Menschen mit Romno-Hintergrund Verfolgung zu befürchten und leben oft unter menschenunwürdigen Bedingungen.

Oft werden Sinti und Roma als homogene Gruppe missverstanden. Doch die eine Community gibt es gar nicht. Was müsste sich deiner Meinung nach ändern, um beispielsweise soziale Konflikte zu entschärfen?

Angehörige der Sinti und Roma haben in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten ganz verschiedene Probleme und Ausgangslagen. Ich möchte das Selbstbewusstsein junger Menschen mit Romno-Hintergrund stärken, denn sie und ihre Familien gehören ganz selbstverständlich dazu. Eine gezielte europäische Antidiskriminierungsarbeit ist unerlässlich, um die Öffentlichkeit und die EU-Mitgliedstaaten auf Missstände aufmerksam zu machen und Interventionen einzufordern.



ROMEO FRANZ rückt für Jan Philipp Albrecht nach. Er ist der erste Sinto im Europäischen Parlament.

DIGITAL UND DRAUSSEN

Nach neun Jahren für euch im EU-Parlament werde ich im Sommer mein Mandat abgeben, um in Schleswig-Holstein das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung zu leiten und konkret die Digitalisierung mit der Energie- und Agrarwende verbinden.

Jan Philipp Albrecht
www.janalbrecht.eu

EU-USA: SCHEIDUNGSFALL?

Im Auswärtigen Ausschuss steht ein Bericht zur EU-USA-Politik an, für den ich für die grüne Fraktion an Kompromissen arbeite. Das transatlantische Verhältnis ändert sich grundlegend. Das braucht eine vertiefte Debatte. Einige Gedanken: gruenlink.de/1g7q

Reinhard Bütikofer
www.reinhardbuetikofer.eu

ERFAHRBARE GESCHICHTE

Umweltfreundlich die Geschichte Europas auf dem Rad erleben: Dies geht nirgendwo so gut, wie auf dem Iron Curtain Trail. Wir setzen uns dafür ein, dass sich der über 10.000 km lange Fernradweg quer durch Europa entlang der ehemaligen Ost-West-Teilung auch in Zukunft gut entwickelt.

Michael Cramer
www.michael-cramer.eu

MEHR EHRGEIZ ZUR TRANSFORMATION

Nie war die Kluft zwischen notwendigen CO₂-Minderungen für die Pariser Klimaziele und einem Gesetzesvorschlag so groß wie bei der CO₂-Regulierung für Autos. So lahm schaffen wir die Transformation des Sektors für Klimaschutz, Luftqualität und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nicht.

Rebecca Harms
www.rebecca-harms.de



MENSCHENRECHTE WIDERSTAND AM KENDENG-KARST

von Barbara Lochbihler

Seit über zehn Jahren protestieren die Menschen auf Zentraljava gegen den Bau eines Zementwerks – hart wie Zement war der Widerstand, auf den sie bisher stießen. Ihre Heimat liegt am Kendeng-Karstgebirge, das mit seinen unterirdischen Flüssen und Quellen ein riesiger Speicher von Regenwasser und Kohlendioxid ist – und eigentlich geologisches Schutzgebiet. Für die lokale Landwirtschaft und das Leben der indigenen Gemeinschaften ist es unersetzlich. Die Firma Indocement, ein Tochterunternehmen des deutschen Konzerns HeidelbergCement, will dennoch Teile des Karstgebirges abbauen, um dort Rohstoffe für die Produktion von Zement zu gewinnen. Indonesien selbst braucht den Zement für den Bau von Flughäfen, Autobahnen und Fabriken.

Doch dieser schwerwiegende Eingriff in das komplexe Ökosystem würde den Indigenen der ganzen Region die Lebensgrundlage entziehen. Deshalb protestieren sie beharrlich. Auf Aktionärsversammlungen von HeidelbergCement wie auch bei ihrer eigenen Regierung fordern sie die Achtung des Rechts auf ihr Land und ihre Ressourcen. Wirkung zeigte dieser Protest erst, als eine vom indonesischen Präsidenten im letzten Jahr in Auftrag gegebene Studie zu der Empfehlung kam, am Karst keinen Bergbau zu betreiben.

Auf meine Fragen in Jakarta, wie es nun weiterginge, sagte mir ein langjähriger Vertrauter des Präsidenten, dass einige Firmen zwar einen besorgniserregenden Umgang mit Dorfbewohner*innen gehabt haben sollen, manche Nichtregierungsorganisationen hätten aber die konkrete Lage vor Ort übertrieben. Es müsse dafür gesorgt werden, dass bisher getätigte Investitionen nicht verloren gingen – die Unternehmen hätten sowieso schon Verluste durch den Verzug. Ja, eine Umweltverträglichkeitsprüfung gäbe es wohl und sie

würden versuchen, eine Lösung zu finden. Ich bleibe skeptisch.



BARBARA LOCHBIHLER

war kürzlich mit der Südostasien-Delegation des EU-Parlaments in der Region und hat dort über Menschenrechte gesprochen.



Europagruppe GRÜNE/Europäisches Parlament
www.gruene-europa.de
info@gruene-europa.de
 twitter: @gruene_europa
[facebook.com/europagruene](https://www.facebook.com/europagruene)

Verantwortlicher Europaseiten: Aldo Caruso

BACKLASH IN EUROPA GRUNDRECHTE UNTER BESCHUSS

von Terry Reintke

Ob in Polen, Ungarn oder Rumänien – autoritäre Tendenzen nehmen zu. Spätestens wenn Regierungen damit anfangen, Nichtregierungsorganisationen den Geldhahn zuzudrehen, die Versammlungs- und Pressefreiheit zu beschneiden, die Unabhängigkeit der Justiz abzubauen und mit gezielten Fehlinformationen die Öffentlichkeit zu manipulieren, werden bürgerliche Freiheiten massiv eingeschränkt.

Überall in Europa arbeiten Populist*innen, Nationalist*innen und Neokonservative mit vereinten Kräften daran, unsere Grundrechte auszuhebeln und die Errungenschaften unserer demokratischen Gesellschaften zurückzudrehen. Damit befeuern sie den gesellschaftlichen Backlash, der darauf ausgerichtet ist, autoritäre Wertvorstellungen wieder salonfähig zu machen.

Dem Backlash fallen zunächst vor allem die Rechte von gesellschaftlichen Gruppen zum Opfer, die als schwächer wahrgenommen werden – Frauen, Migrant*innen sowie sexuelle Minderheiten. Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung ist dabei oft der Anfang. Denn am Ende wendet sich der Backlash gegen alle, die in offenen und freien Gesellschaften leben wollen.

Die #metoo-Debatte hat öffentlich auf das Ausmaß sexueller Belästigungen und Übergriffe aufmerksam gemacht und gesellschaftliche Machtstrukturen offenbart. Im Europäischen Parlament ist daraus eine überparteiliche Zusammenarbeit entstanden, die sich gegen sexuelle Belästigung in den europäischen Institutionen wendet – und damit eine wirksame Bewegung gegen den Backlash.

Der Backlash ist ein Angriff auf die EU. Denn die Achtung von Menschenwürde, Gleichheit oder Rechtsstaatlichkeit sind in den europäischen Verträgen verankerte Grundwerte und gelten EU-weit. Die Europäische Union hat die Pflicht, diese Werte für alle Menschen in der EU durchzusetzen.



TERRY REINTKE

Weitere Informationen zum Thema gibt es auf meiner Homepage www.terryreintke.eu
 Bild: ©Cornelis Gollhardt

AUS FÜR DREI NEONICS

Unser Einsatz hat sich bezahlt gemacht – drei der gefährlichen Bienenkiller sind jetzt im Freiland verboten. Wir kämpfen weiter für eine chemiefreie Landwirtschaft und für Artenvielfalt, Gesundheit und Nachhaltigkeit.

Martin Häusling
www.martin-haeusling.eu

DEMOKRATIE- SÜNDER

Die EU muss gegen Demokratiesünder wie Ungarn und Polen vorgehen. Aber sie darf den demokratischen Kräften vor Ort nicht schaden. Statt EU-Gelder zu streichen, muss die Europäische Kommission Gelder selbst verwalten und an Projekte vor Ort direkt ausbezahlen.

Ska Keller
www.skakeller.de



EU-HAUSHALT ZUKUNFTSHAUSHALT DRINGEND BENÖTIGT

von Helga Trüpel

Im Mai hat die EU-Kommission ihre Vorschläge für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) vorgestellt. Der MFR schreibt für die Jahre 2021 bis 2027 vor, über welche Finanzmittel die Europäische Union verfügt und wie diese zum Einsatz kommen. Die nun anstehenden Verhandlungen sind also wegweisend für die zukünftigen Investitionen und Schwerpunkte der EU.

Wegen stetig wachsender Aufgaben darf das EU-Budget trotz des Brexits nicht verkleinert werden. Der Vorschlag sieht vor, die Beiträge der EU-Mitgliedstaaten anzuheben und so für einen größeren Haushalt zu sorgen. Obwohl die Anhebung hinter den Erwartungen des Europäischen Parlaments zurückbleibt, ist die Tendenz zu begrüßen. In Zeiten von wirtschaftlicher Erholung, hohen Steuereinnahmen und immer steigenden Anforderungen an die Europäische Union wäre die Bereitschaft zu höheren EU-Beiträgen ein wichtiges Signal. Zusätzlich sind die Vorschläge von Plastik- und Umweltsteuern – als neue Eigenmittel – sehr fortschrittlich, um den Haushalt unabhängiger von nationalen Interessen zu machen. Es fehlt jedoch eine Digitalsteuer. Digitale Unternehmen wachsen schneller als andere Unternehmen, zahlen

jedoch durchschnittlich nur neun Prozent Steuern. Herkömmliche Unternehmen zahlen über 20 Prozent. Einheitliche Steuersätze, die prozentual in den EU-Haushalt fließen, können die Handlungsfähigkeit der EU erhöhen und gleichzeitig die Steuervermeidung von Monopolen verhindern. Steuervermeidung ist ein zentrales Thema, das für Unverständnis und ein Gefühl der Ungerechtigkeit in der Bevölkerung sorgt.

Auch die Ausgaben müssen reformiert werden. Themen wie Migration und Grenzschutz müssen sich im Haushalt wiederfinden. Sehr erfreulich ist die Betonung des Mehrwerts bei der Förderung von Projekten. In dieser Hinsicht wäre eine Verdopplung der Mittel des Erasmus+-Programms sehr zu begrüßen. Erasmus+ ist das EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa. Die Koppelung der Ausgaben von nur 25 Prozent an die EU-Klimaziele aber enttäuscht uns Grüne. Auch die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung sind unterrepräsentiert.

Nur Reformen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite können zu einem Zukunftshaushalt führen, mit dem die EU als handlungsfähiger Akteur weltweit anerkannt werden kann.



HELGA TRÜPEL

Die Studie „Communicating Green Own Resources“ liefert Argumente für die ökologischen Eigenmittel: gruenlink.de/1g7r

ANZEIGE

EINE TRENNUNG KANNT AUCH ENTSPANNT ABLAUFEN.



Im echten Leben sind Trennungen eher problematisch. Beim Recycling von Getränkekartons ist das völlig anders.

Mehr erfahren Sie unter
karton-natuerlich.de



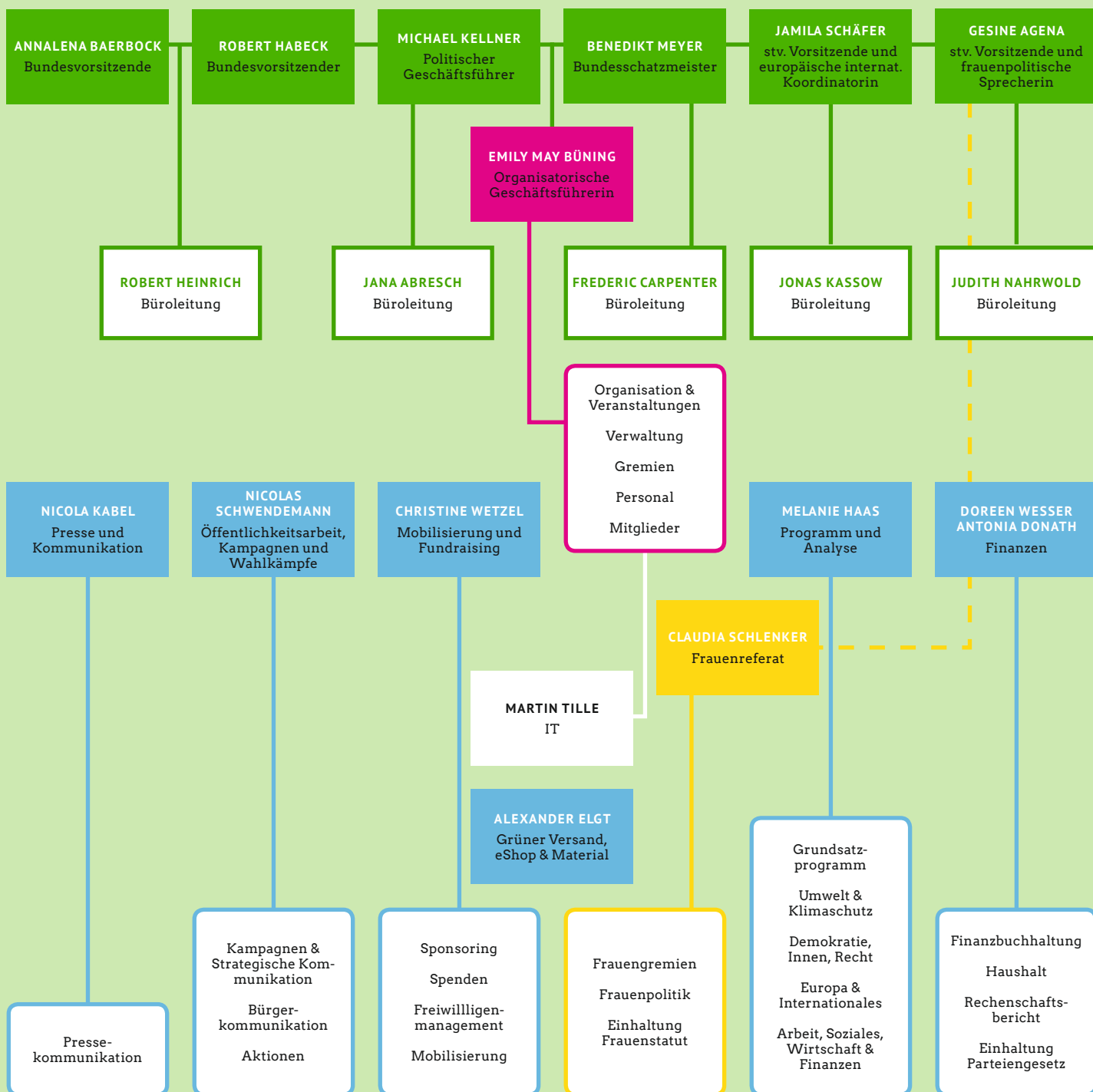
KARTON, NATÜRLICH!

FKN Eine Initiative des Fachverband
Kartonverpackungen für flüssige
Nahrungsmittel e.V.

Das Umweltbundesamt empfiehlt den Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch vorteilhaften Getränkekartons.

BACKSTAGE BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Und was machst du so? Was gibt's Neues? In der Bundesgeschäftsstelle machen wir mit insgesamt rund 70 Personen für euch grüne Politik.





SAVE THE DATA

Seit dem 25. Mai gilt die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung. **Ein klarer grüner Erfolg: Die Verordnung gilt künftig für alle 500 Millionen Bürger*innen der Europäischen Union.** Sie schafft Transparenz und faire Wettbewerbsbedingungen sowie Rechtssicherheit für Unternehmen. Und gibt Verbraucher*innen auf dem gesamten EU-Binnenmarkt durchsetzbare Rechte. Jan Philipp Albrecht hat im Europaparlament lange dafür gekämpft. Hier findet ihr sein FAQ dazu – in dem er auch mit Missverständnissen aufräumt: janalbrecht.eu/2018/05/dsgvo-haeufig-gestellte-fragen-haeufig-verbreitete-mythen/

FÜR MEHR GRÜN IN BAYERN UND HESSEN

Wir Grüne sind stark, nach drinnen und nach draußen. Nutzen wir den Aufwind für die kommenden Landtagswahlen! Im Herbst wählen Bayern und Hessen. **In Hessen** geben die Grünen der Regierungspolitik seit Jahren erfolgreich ihre Handschrift: mit einem Klimaschutzplan, dem Ausbau erneuerbarer Energien, mit einer Rekordförderung für Busse und Bahnen, mehr bezahlbarem Wohnraum und mehr Geld für Integration, Bildung und Kultur. Die Landtagswahlen entscheiden, ob Hessen weiter auf grünem Kurs bleibt. **In Bayern** kämpfen die Grünen gegen Flächenfraß oder den Rechtsruck in unserer Gesellschaft. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Gleichstellung der Frauen und die Digitalisierung vieler Lebensbereiche brauchen neue und mutige Antworten. Die bayerischen Grünen stellen sich diesen Herausforderungen. Sie wollen die absolute Mehrheit der CSU brechen. **Mit deiner Spende** unterstützt du die Kampagnen: Präsenz im Netz, Druck von Plakaten und Flyern, Veranstaltungen und Wahlkampftouren.

Bitte überweise deine Spende für den Wahlkampf in beiden Ländern an: IBAN: DE73 4306 0967 8035 8159 00 Stichwort: „Spende LTW BY HE“. **Spende online:** gruene.de/spende-ltw **oder direkt an die Landesverbände:** **Bayern – IBAN: DE80 7025 0150 0000 0158 75** **Hessen – IBAN: DE28 5105 0015 0101 2645 64**

LESEN

Leere Herzen Juli Zeh

Juli Zeh zeichnet in ihrem neuesten Werk das Bild einer düsteren Zukunft: Die Bewegung der „besorgten Bürger“ hat die Macht übernommen. Die Gesellschaft reagiert nur noch mit Gleichgültigkeit auf den Abbau von politischen Grundwerten durch die neuen Machthaber*innen. Die Menschen sind nicht mehr bereit für ihre Prinzipien und Überzeugungen einzustehen. Im Zentrum der Geschichte steht Britta, die genau diesen Blick auf die Welt verkörpert. Ohne jede Moral und Ethik spürt sie Suizidgefährdete auf und vermittelt diese letzten Endes als Selbstmordattentäter*innen an



Terrororganisationen, um Profit mit ihnen zu machen. Zeh zeigt in ihrem Roman eindrücklich, warum die Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist und warum es sich lohnt, sie zu verteidigen.

NEUE ZEITEN. NEUE ANTWORTEN.

Über Feminismus wird aktuell viel diskutiert. Ob #219a oder #metoo – überall zeigt sich, wie drängend feministische Themen sind. Auf unserer Bundesfrauenkonferenz wollen wir mit dir diskutieren: Wie siehst du die Macht- und Verteilungsfrage? Was sind deine Ideen für die Stärkung demokratischer gesellschaftlicher Strukturen? Wie kommen wir zu einer Ermächtigung von Frauen und Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen? Dich erwarten zwei Tage voller kontroverser und zukunftsweisender Debatten, Workshops und gute Laune bei unserer Party. Und das Beste: **Unsere Ergebnisse werden Teil unseres neuen grünen Grundsatzprogramms. Feminismus wird Programm.**

7.–8. September: Bundesfrauenkonferenz – das feministische Forum zum Grundsatzprogramm
Mehr Infos unter:
gruene.de/bundesfrauenkonferenz

Impressum

Das Magazin der Grünen – Mitgliederzeitschrift

Nr. 9, ISSN 2509-3193

Postvertriebszeichen: A 02908

Herausgeber:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Michael Kellner

Politischer Bundesgeschäftsführer

V.i.S.d.P.: Jana Abresch

Redaktion, Gestaltung, Produktion:

Anzinger und Rasp, München

Redaktion: Alexandra Bürger, Ivonne

Fehn (Leitung), Philipp Hauner

Gestaltung: Miriam Bröckel

Kontakt Redaktion:

E-Mail: magazin@gruene.de

Redaktion: Das Magazin der Grünen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Triftstraße 13, 80538 München

Anzeigenverwaltung:

Runze & Casper Werbeagentur GmbH

Ruth Hansmann

Linienstraße 214, 10119 Berlin

Tel.: 030/28 01 80-145

verlagsservice@runze-casper.de

Druck:

67.500 Exemplare

Dierichs Druck + Media

GmbH & Co. KG, Kassel, auf 100 %

Recyclingpapier.

Den Auflagen von Bayern, Baden-

Württemberg, Berlin, Hessen,

Rheinland-Pfalz und Nordrhein-

Westfalen liegen Zeitungen der

Landesverbände oder Landtags-

fraktionen bei. Das Werbemittel

der Ökoworld AG liegt der Gesamt-

auflage bei.

Jahresabonnement:

Vier Ausgaben: 11,90 Euro

Bestellung schriftlich an:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abo/Magazin

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 24. September 2018

DIE ZUKUNFT FRAGEN

Weil veränderte Zeiten andere Themen mit sich bringen und unsere Werte auf den Prüfstand stellen, geben wir Grüne uns jetzt ein neues Grundsatzprogramm. Bis 2020 wollen wir gemeinsam unsere politische Haltung definieren. Wir stellen die neue Abteilung „Programm und Analyse“ vor, die dem Bundesvorstand inhaltlich zuarbeitet und den Programmprozess begleitet.

FRAUEN

Wie bringen wir Selbstbestimmung, Schutz und Vielfalt der Lebensentwürfe aller Frauen in eine Balance?



Fotos: William Minke

CLAUDIA SCHLENKER

Bundesfrauenreferentin

„Mich beschäftigen alle Fragen rund um das Thema sexuelle Selbstbestimmung von Frauen – von #metoo bis zur Abschaffung des Paragraphen 219a. Dazu ‚Dauerbrenner‘ wie die eigenständige Absicherung von Frauen. Mir ist wichtig, dass der feministische Blick auf die Debatten des Grundsatzprogramms sichtbar wird.“

VIELFALT

Wie begeistern wir für Selbstbestimmung in Vielfalt, die so wertvoll ist für unsere Gesellschaft?



DENISE BENTELE

Referentin für Demokratie, Innen, Recht

„Als Wowereit 2001 seinen berühmten Satz ‚Ich bin schwul – und das ist auch gut so‘ sagte, ging es um individuelle Selbstbestimmung. Für uns Grüne stellt sich aktuell die Frage nach gesellschaftlicher Selbstbestimmung. Heute müsste der Satz lauten: ‚Wir in Deutschland sind verschieden – und das ist auch gut so.‘“

UNGLEICHHEIT

MINDERN

Wie können wir der immer größer werdenden Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen politisch entgegen wirken?



KLAUS SEIPP

Referent für Soziales, Arbeit, Wirtschaft und Finanzen

„Die drängendsten und ungelösten sozialen Probleme in Deutschland sind momentan die furchtbare Situation in der Pflege und die sich immer mehr zuspitzende Wohnungsnot in den Großstädten.“

**MELANIE HAAS**

Abteilungsleiterin Programm & Analyse

„Bei uns laufen die unterschiedlichen Debattenstränge aus der Partei zum neuen Grundsatzprogramm zusammen. Wir brauchen schließlich bis Ende des Jahres viele Rückmeldungen und Ideen, um einen ersten Entwurf schreiben zu können. Mich treibt um, wie wir unsere grünen Werte in einer veränderten Welt glaubwürdig ausbuchstabieren.“

DEMOKRATISCHE WERTE

Wie gestalten und sichern wir die multikulturelle Demokratie und den Wertekonsens Europas? Wie stärken wir globale Gerechtigkeit und Ökologie?

MULTI- LATERALISMUS

Wie können wir den Multilateralismus in Zeiten von Abschottung, Nationalismus und Protektionismus stärken?

**BRITTA JACOB**

Referentin für Europa und Internationales

„Am meisten beschäftigt mich derzeit die Zukunft der Europäischen Union. Außerdem arbeite ich an den Themen Iran, Syrien, Russland und an Fragen des internationalen Handels. Langfristig entscheidend ist, wie wir den Klimawandel eindämmen, Abrüstung vorantreiben, Demokratie und Menschenrechte global verteidigen und ein faires Wirtschafts-, Steuer- und Handelssystem voranbringen können.“



WENIGER PLASTIK

Das heiße Thema? Bei Plastik passiert gerade politisch und aktivistisch sehr viel – das ist genau richtig.

CHRISTINE SPANNAGEL

Referentin für Umwelt & Klimaschutz

„Die Klimakrise bedroht Millionen Menschen auf der ganzen Welt. Die Erhitzung unserer Erde wird Folgen mit sich bringen, die wir alle uns noch gar nicht richtig vorstellen können. Das macht es auch so schwer, zu handeln. Denn es geht nicht um nächsten Monat oder nächstes Jahr. Trotzdem müssen wir unseren CO₂-Ausstoß so schnell wie möglich senken!“



Wie fasst man eine Partei, die aus verschiedenen Bewegungen entsteht und von kulturellen Unterschieden lebt, in eine einzige Marke? Die Lösung im Jahr 1993 waren unterschiedliche Schriften und Farben für „Bündnis 90“ und „Die Grünen.“ Seit dem Parteitag 2007 verwenden Bündnis 90/Die Grünen das untenstehende Logo.

EIN LOGO FÜR ALLE

Bevor „Bündnis 90“ und „Die Grünen“ vor 25 Jahren zusammenfanden, bastelten die späteren Vorstandssprecher Marianne Birthler, Ludger Vollmer, Heide Rühle und Werner Schulz nachts am PC von Richard Herten ein gemeinsames Logo, so erzählt man es sich bei den Grünen. 1993 waren Computer noch graue, langsame Ungetüme, was aber nicht die größte Herausforderung gewesen sein dürfte. Schließlich mussten die Logo-Designer zwei auch kulturell unterschiedliche Bewegungen in eine einzige Marke fassen – Schwierigkeitsgrad hoch, weiß man doch, dass gestalterische Elemente immer auch inhaltliche Signalkraft entfalten.

Als Aushängeschild verbindet ein Logo die Menschen, die sich dahinter versammeln, es

kann eine Geschichte über Werte erzählen, Identität stiften und ist ein Versprechen an die Betrachter*in. Ein gutes Logo? Unverwechselbar, einprägsam, oft genial einfach! Alle haben die Marke dazu buchstäblich vor Augen. Ein silberner Stern, drei Streifen, ein angebissener Apfel.

Oder: die Sonnenblume von Bündnis 90/Die Grünen. Angeblich stammt sie von Joseph Beuys, einem der Gründer*innen der Grünen. Kein dominantes Machtsymbol, sondern eine Blume als Sympathieträgerin für eine Partei? Das war etwas Neues. Vielleicht sollte sie auch symbolisieren, dass sich die Partei deutlich abheben wollte von allen anderen – frisch, kreativ, politisch. Auch Bündnis 90 wollte eine erstarrte Gesellschaft

in Bewegung bringen. Gefordert und erreicht: ein demokratischer Wandel!

2007 dann das Logo-Lifting: Vom nächstens entstandenen Design blieben natürlich die Sonnenblume und das Grün: Beide Bewegungen stehen seitdem auf einem gemeinsamen Fundament. Die Namen in derselben Schriftart und Schriftgröße: optisch sichtbare Geschlossenheit. Unterstrichen mit einem Balken in Blau, ein Zitat an die Farbe von „Bündnis 90“, schließlich ist Blau die Farbe des Friedens. Und der Doppelname? Symbolisiert noch immer, dass zwei Bewegungen – und in ihrem Hintergrund noch viele andere – zu einer Partei zusammengewachsen sind. 25 Jahre Bündnis 90/Die Grünen, ihrem gemeinsamen Weg ist das nächste Heft gewidmet.

AUFNAHMEANTRAG

Ich will in der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mitglied werden.

Name	Vorname	
<input type="checkbox"/> Frau	<input type="checkbox"/> Herr	<input type="checkbox"/> k.A.
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort (Wohnsitz)	
Geburtsdag	Geburtsort	
Staatsangehörigkeit	Telefon	
Mobil	E-Mail	

Ich zahle einen **Monats**beitrag in Höhe von _____ Euro*. Die Beitragszahlungen erfolgen jeweils im Voraus.

Zahlungsweise (bitte ankreuzen) ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ jährlich

* Der Mitgliedsbeitrag beträgt in der Regel 1 % des Nettoeinkommens. Davon abweichende Beitragsregelungen werden vom zuständigen Kreisverband festgelegt.

- Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten unter Beachtung der Datenschutzgesetze gespeichert und verarbeitet werden. Die Nutzung erfolgt ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie z. B. Beitragserhebung oder Versand von Informationsmaterial. Als Mitglied erhalte ich automatisch die Mitgliederzeitungen, den Newsletter des Bundesverbandes und Zugangsdaten zum mitgliederinternen Informationsnetzwerk, dem „Grünen Netz“. Andere Gebietsverbände, Fraktionen oder Tochterorganisationen der Partei können für parteirelevante Zwecke Zugriff auf die Daten erhalten. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei z. B. für Werbezwecke findet nicht statt.

- Ich bin nicht Mitglied einer anderen Partei.

Ich bin damit einverstanden, alle Einladungen und Parteitagsunterlagen per E-Mail statt per Post zu erhalten (bitte ankreuzen). ☐ ja ☐ nein

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Erteilung eines Mandats zum Einzug von SEPA-Basis-Lastschriften (wiederkehrende Zahlung)

Ich ermächtige BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich das Kreditinstitut an, die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Kontoinhaber*in (Vorname Name) _____

IBAN DE _____ bei der Bank _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Das Mandat gilt für eine wiederkehrende Zahlung.

Gläubiger-Identifikationsnummer DE1700000000430246 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin)

Vom Orts-/Kreisverband auszufüllen

Mandatsreferenz _____

Die oben genannte Person wurde am _____ als Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgenommen.

Ort, Datum und Unterschrift des Orts-/Kreisverbands _____

EINTRETEN FÜR GRÜN

Wer etwas bewegen will, fängt am besten bei sich selbst an. Also: Verschenk' dieses Heft an deine Freundinnen, Nachbarn oder Kolleginnen. Denn aus vielen wird eine Bewegung. Einen Mitgliedsantrag findest du auf der Rückseite oder unter gruene.de/mitgliedwerden.

Wer noch Fragen hat:
030 284 42-0 oder info@gruene.de

**Wer keine Fragen hat –
Mitgliedsantrag an:**
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Bundesverband
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

